

Wöchentlich 55 Pfg., monatlich 1,60 M.
Im Voraus zahlbar, Halbjährig 4,20 M.
Einzel-Beleg 10 Pfg., Auslandsbestellung
1,00 M. — M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Samstags und Montags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Beilagen „Kaffee
und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner
„Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-
stimme“, „Lehramt“, „Bild in die
Welterhellung“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Mittwoch
13. Juni 1928
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einzige sozialistische Tageszeitung
in Berlin. „Kleine Anzeigen“ das zeitge-
weirte Wort 25 Pfennig (zwei-
mal wöchentlich), eben weitere Wort
12 Pfennig. Stellenangebote das erste
Wort 15 Pfennig, eben weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt
Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für
Abonnenten Seite 60 Pfennig. Anzeigen-
annahme im Hauptgeschäft Einbe-
trags 2. wochentl. von 9/7, bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkassentkonto: Berlin 57 636. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten Wollstr. 66. Diskontokonto-Gesellschaft, Depositenkassette Lindenstr. 8

Verhandlungen im Reichstag.

Zunächst Sozialdemokratie und Zentrum. — Um die „sachlichen Voraussetzungen“ der Regierungsbildung.

Offiziell wird gemeldet:

Am Dienstagnachmittag fanden Verhandlungen zwischen Vertretern der sozialdemokratischen und der Zentrumsfraktion statt, die der Schaffung der sachlichen Voraussetzungen für die Regierungsbildung galten.

Es handelt sich um die bereits angekündigten Besprechungen, zu denen das Zentrum die Abgg. v. Guérard, Birch, Perltius, Stegerwald und Esser delegiert hatte. Die sozialdemokratische Fraktion entsandte dazu gleichfalls fünf Mitglieder, nämlich die Gen. Breitscheid, Graßmann, Hilferding, Keil und Wels. Ueber den Verlauf meldet das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger:

Die am Nachmittag um 5 Uhr begonnenen Verhandlungen zwischen den Unterhändlern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unter Führung des Abg. Müller-Franken und den Unterhändlern des Zentrums unter Führung des Abg. Guérard nahmen ziemlich zwei Stunden in Anspruch. Zwischen diesen Parteien wurde, wie wir hören, zunächst verhandelt, weil beide Fraktionen sich schon über ihre Forderungen im Klaren sind, während z. B. bei der Deutschen Volkspartei erst noch die für Mittwoch angelegte Fraktionsführung abzuwarten ist. In den Verhandlungen zwischen Sozialdemokraten und Zentrum gelang es heute schon, in gewissen Punkten eine Verständigung zu erzielen. Im ganzen scheinen dadurch also die Verhandlungen über die Regierungsbildung schon zu einem Teil gefördert zu sein. Die Verhandlungen sollen morgen fortgesetzt und durch diejenigen mit den anderen in Betracht kommenden Parteien ergänzt werden.

Die Fragen, die besprochen wurden, betrafen die Sozial- und Wirtschaftspolitik sowie auch die Schulpolitik.

Nach diesen Besprechungen versammelte sich die Zen-

trumsfraktion. Ueber die Sitzung berichtet das genannte Bureau weiter:

Abg. v. Guérard berichtete über die Verhandlungen. Daran schloß sich eine Aussprache, die am Mittwoch vormittag fortgesetzt wird. Wie wir hören, wird in Zentrumskreisen der Stand der Verhandlungen günstig beurteilt. Wie wir weiter aus Zentrumskreisen erfahren, hat der Abg. Müller-Franken an den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns bzw. an die Zentrumsfraktion das dringende Ersuchen gerichtet, daß Minister Dr. Brauns in seinem Amte verbleiben möge. Dr. Brauns und die Zentrumsfraktion haben diesem Ersuchen zugestimmt, allerdings unter der Voraussetzung, daß Dr. Brauns alsbald zur Wiederherstellung seiner Gesundheit einen längeren Erholungsurlaub antritt.

Auch die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei hielt am Dienstagabend noch eine Sitzung ab, in der Abg. Reich einen Bericht über die politische Lage erstattete. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Die Haltung der Volkspartei.

Es verbreitet folgende, offenbar von volksparteilicher Seite stammende Mitteilung: In der Besprechung, die der Abg. Hermann Müller mit dem Fraktionsvorsitzenden der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, dem Abg. Dr. Scholz, hatte, wurde eine Reihe von Fragen erörtert, die sich auf die grundlegende Richtung der künftigen Regierungsbildung beziehen. Der Abg. Dr. Scholz erklärte in dieser Besprechung die Bereitwilligkeit der Deutschen Volkspartei zu den Verhandlungen über die große Koalition. Die Entscheidung bleibt selbstverständlich der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei vorbehalten, die am Mittwoch vormittag zusammentritt.

Die Stimmabgabe der Frauen

Ein Wort an die Männer.

Von Marie Juchacz.

Die Statistik der getrennten Abstimmungen zwingt zum Nachdenken. Zweifellos ist die Schlussfolgerung aus den Teilergebnissen richtig, daß die Frauenstimmen im ganzen Reich in starkem Maße dem Zentrum, der Bayerischen Volkspartei und in vorwiegend evangelischen Teilen des Reiches den Deutschnationalen zugute gekommen sind, und daß der Sieg der Sozialdemokratie noch größer wäre, wenn die Frauen der Arbeiterklasse ihr in gleichem Maße, wie die Männer das taten, ihr Vertrauen entgegengebracht hätten.

Das Resultat der getrennten Abstimmungen gibt denen recht, die die politische Aufklärung und Schulung der Frauen für eine der notwendigsten Aufgaben der Partei halten.

Als man uns während des Krieges die besonders „sparsame Wirtschaftsführung“ lehren wollte, fiel sehr oft das Wort: „Die Frau ist von Natur konservativ.“ Sie kann sich nicht freimachen von den Ueberlieferungen der Mütter und Großmütter. Das war ein Schlagwort im Munde vieler, die sich nicht im Sparen geübt hatten und von der Arbeiterfrau nichts wußten. Aber etwas Wahres ist am Konservatismus der Frau. Die Ursache für das heute noch sehr stark nach rechts tendierende politische Empfinden der Frau ist traditionell-konservativ. Sie hängt an erworbenen materiellen und geistigen Gütern, die zu pflegen Jahrhunderte ihre Lebensaufgabe und Bestimmung gewesen ist. Das hängt sicher zusammen mit ihren weiblich-mütterlichen Eigenschaften, aber noch mehr mit der wirtschaftlichen Abhängigkeit, die ihr zugewiesen war und zum großen Teil noch immer ist. Und einen nicht kleinen Teil der Ursache finden wir (wieder psychologisch eng damit zusammenhängend) in der traditionellen Erziehung, die die Frau im Elternhause, in der Schule und durch das Leben bekommen hat. Erst jetzt wächst langsam unter der Einwirkung des modernen Wirtschaftslebens mit der größeren Selbständigkeit der Frau, des Frauenwahlrechtes und der ganz umgewandelten politischen Verhältnisse ein anderes Frauengeschlecht heran. Die Entwicklung kommt auch hier dem Sozialismus zugute. Augenblicklich wirken die überlieferten Anschauungen noch stark nach. Es wird einer zielbewussten politischen Erziehung bedürfen, um diesen geistigen Entwicklungsprozess zu beschleunigen und ihn sozialistisch zu beeinflussen. Aber das Resultat einer durch Jahrhunderte gehenden Erziehung läßt sich in einem Jahrzehnt nicht grundlegend verändern.

Sehen wir uns die Ziffern aus dem Reiche an, dann fällt uns daran auf, daß die wählenden Frauen eine besondere Vorliebe für die Parteien betunden, die im politischen Tageskampf der Kirche einen starken, auf die Dauer gesicherten Einfluß auf die Schule und das ganze öffentliche Leben geben wollen und damit den politischen Kampf auf kirchlich-religiöses Gebiet übertragen. Es ist aber durchaus nicht so, wie vielfach angenommen wurde, daß die Frauen politisch unter dem Einfluß des Mannes (Ehemann, Verlobter, Vater, Bruder, Freund) stehen und bei der Wahl den gleichen politischen Willen kundgeben.

In katholischen Gegenden beeinflussen zwar Nonnen, Ordens- und andere Krankenschwestern das Wahlergebnis, aber darüber hinaus steht fest, daß viele Ehefrauen und andere weibliche Familienmitglieder ganz bewußt einer dem Mann entgegengesetzten politischen Meinung Ausdruck geben wollen. Sie sehen die Kindererziehung, den Bestand der Familie, die geistigen und seelischen Güter, die sie durch Tradition und Erziehung übernommen haben, in Gefahr. Sie wissen es nicht, daß die Sozialdemokratie mit ihrem Ruf nach Gerechtigkeit und Freiheit in der Schulerziehung, mit ihren Forderungen nach gleichem Recht für Mann und Frau im Beruf und im bürgerlichen Rechtsstaat, mit ihren modernen Ideen, z. B. nach der Umgestaltung des Elternrechtes (einschließlich der Erleichterung der Ehecheidung) und ihren Anschauungen über bevölkerungspolitische Fragen, durch eine bestimmte durch Sozialismus und Demokratie gebundene Freiheit der persönlichen Lebensführung, zum Teil alte Forderungen fortschrittlicher bürgerlicher Schichten übernommen, gefestigt und ausgebaut hat. Das noch vorhandene Ranko an sozialem Denken läßt diese Frauen noch nicht erkennen, daß solche Ideen nur Wurzel fassen, wenn die soziale Entwicklung schon ihre Erfüllung verlangt. Sie sehen es nicht, daß aus der wirtschaftlichen Entwicklung erst die sozialen Bedürfnisse entstehen. Und man muß ihnen oft, sehr oft sagen: Nicht der Sozialismus ist es, der die Familienbände gelockert hat, sondern die heutige Wirtschaftsordnung mit der Entwicklung von Industrie, Handel und Verkehr und der dadurch notwendigen Frauenerwerbsarbeit. Nicht dadurch, daß wir unwiederbringlich Entschwundenes festhalten wollen, sondern dadurch, daß wir aus der neuen Epoche das Beste für alle Menschen zu gewinnen suchen, dienen wir dem Ganzen. Nicht gegen das Kommen einer neuen Zeit mit anderen neuen Lebensformen sollen wir uns wehren, sondern

Frankenstabilisierung beschlossen.

Zum jetzigen Kurs: Ein Fünftel des Vorkriegswertes.

Paris, 12. Juni. (Eigener Bericht.)

Der französische Ministerrat hat am Dienstag die Stabilisierung der französischen Währung endgültig beschlossen. Der Finanzminister Marin hat angesichts der Drohung Voincarés, die Gesamtdemission einzuziehen, seinen Widerstand aufgegeben. Die Stabilisierung des Franken wird auf der Grundlage des gegenwärtigen Kurses erfolgen, voraussichtlich zu 126,1 das Pfund, das ist ein Fünftel des Vorkriegswertes. Man rechnet damit, daß das Stabilisierungsgesetz am 23. Juni eingebracht und sofort verabschiedet werden wird. Ein entsprechendes Gesetzesprojekt soll den beiden Kammern sofort nach der Bildung der Finanzkommission vorgelegt werden.

Ridlins und Rossés Mandate werden bestätigt.

Paris, 12. Juni.

Der zur Nachprüfung der Wahl in den Wahlkreisen Altkirch und Kolmar zuständige Kammerausschuß hat heute nachmittag beschlossen, der Kammer die Gültigkeitserklärung der Wahl der Abgeordneten Ridlin und Rossé, die in den Wahlkreisen nicht angefochten wurde, vorzuschlagen.

Die deutsch-polnischen Beziehungen.

Zaleski's Hoffnung auf Handelsvertrag mit der deutschen Linkregierung.

Paris, 12. Juni. (Eigener Bericht.)

Der polnische Außenminister Zaleski hat am Dienstag nachmittag im Anschluß an seinen Besuch bei Briand die Presse empfangen. In einem längeren Exposé über die außenpolitische Situation Polens erklärte er, daß in dem Verhältnis mit Litauen bisher kein wesentlicher Fortschritt erzielt worden sei. Dagegen erkannte er unumwunden die Korrektheit der deutschen Haltung im polnisch-litauischen Konflikt an. Die deutsche Regierung habe ihren ganzen Einfluß in Lwow im Sinne einer Vermittlung aufgebracht.

Die Beziehungen zu Deutschland bezeichnete Zaleski als normal und freundschaftlich. Die Handelsvertragsverhandlungen seien durch die deutschen Wahlen un-

terbrochen worden. Die polnische Regierung hoffe aber mit der neuen Regierung, in der die Linksparteien das Uebergewicht hätten, bald zu einer Verständigung zu gelangen.

Neue italienische Grenzübergriffe.

Zunäher, 12. Juni.

Am Vormittag des 10. Juni wollten vier Arbeiter von der Station Brenner See von der Landhüter Hütte aus einen Ausflug auf den Kraxentragger unternehmen. Sie wurden von fünf italienischen Finanzsoldaten, die mit Gewehren bewaffnet auf österreichisches Gebiet kamen, angehalten und bedroht. Als sie darauf stehen blieben, wurden sie von den Finanzsoldaten gefesselt und mit vorgehaltenem Gewehren zur Hütte abtransportiert, wo sie einer Untersuchung unterzogen und nach 1½ Stunden wieder freigelassen wurden. Die ganze Angelegenheit spielte sich auf österreichischem Gebiet ab.

Nicht reumütig genug!

Moskau, 11. Juni.

Die Zentralkontrollkommission der Kommunistischen Partei hat beschlossen, die vor kurzer Zeit von den aus der Partei ausgeschlossenen Mitgliedern der Opposition Sajarow, Wajawitsch, Wordin, Larchanow, Raunow, Babitschew und Budinski eingereichten Gesuche um Wiederaufnahme abzulehnen. Die gemehrgelassenen Oppositionellen hatten ihren Gesuchen längere Erklärungen beigefügt, in welchen sie ihre Bereitwilligkeit ausdrückten, mit der Opposition zu brechen. Diese Erklärungen aber hat die Zentralkommission für „unzureichend“ befunden. Wenn auch in der amtlichen Bekanntmachung über die Ablehnung der Gesuche auf Einzelheiten nicht eingegangen wird, so läßt sich doch ohne weiteres erraten, daß die Zentralkommission die bedingungslose Unterwerfung unter die Parteimehrheit in den Erklärungen der genannten Oppositionellen vermißt, die, wie der Parteisekretär Saroslawski erst kürzlich in der Presse dargelegt hat, die Vorbedingung jeder Prüfung von Wiederaufnahmegesuchen ist.

mitbauen, mitformen, um das Edelste und Beste mit unserm Willen erstehen zu sehen.

Wir müssen uns klar darüber sein: die Ideen der Sozialdemokratie über soziale und persönliche Lebensgestaltung finden in breiten proletarischen Schichten deshalb noch nicht den vorbereitenden Boden, weil das soziale Bewußtsein der Frauen noch nicht gewacht und genügend geschult ist. Nur eine bestimmte Oberschicht des weiblichen Proletariats hat in seinem Denken mit der modernen Entwicklung Schritt gehalten. Erstes Ziel der politischen Erziehung muß sein, das Beständnis der Frauen für die sozialen Zusammenhänge zu wecken. Die nur für die Ehe und Familie erzogene Frau, deren Sinn nur familienegoistisch beeinflusst wurde, hat die heute wählende Frauengeneration erzeugt. Diese Frauen betrachteten (und so sehen sie z. T. heute noch) die Erwerbsarbeit für sie und dann für ihre Töchter als einen lästigen, glücklicherweise vorübergehenden, Abschnitt ihres Lebens. Wenn es anders kam, so sahen sie darin ein widriges persönliches Schicksal, keine soziale Frage.

Gewiß brachte die Erwerbsarbeit für viele Frauen ein Stück materieller und physischer Befreiung. Aber in der gedrängten wirtschaftlichen Lage der noch schlechter als der Mann entlohnten Arbeiterin und der dreifachen Last, die die verheiratete Frau zu tragen hatte, lagen zugleich die Hemmungen für die Entwicklung einer sozialen Bewusstseinsrichtung. Erst der sozial aufgeschlossene Mensch ist empfänglich für politische Denkfähigkeit.

Stellen wir uns die wahlfähigen Frauen vor, so sehen wir: Erwerbstätige und Kur-Hausfrauen, das junge Mädchen, dem die Welt noch voll Illusionen ist, die reife, die schon alternde uneheliche Arbeiterin oder Angestellte, die schon von ihres Lebens Hoffnungen ein gut Teil ausgehen mußte, die verheiratete erwerbstätige Frau, der die Ehe nicht die Sorge um die Existenz abgenommen, sondern ihr nur die Arbeitslast und Verantwortung vergrößert hat. Wir sehen die Fabrikarbeiterin, die Näherin, Schneiderin, Buchhalterin, Heimarbeiterin, Bureauangestellte, Verkäuferin, Sekretärin, Lehrerin, Künstlerin, Beamtin, die Aufwärtlerin, Waisfrau, Botenfrau. Wir sehen sie mit verarbeiteten Händen, gebeugtem Rücken, zerfurchtem Gesicht, aber auch in guter sauberer Kleidung, mit gepflegtem Körper und durchgeglügten Gesichtszügen. — Wir kennen wohl einige Zahlen der Abstammung, wissen daraus, wie die Frauen im ganzen abweichend von den Männern gestimmt haben. Aber wir wissen nicht, wie sich die Stimmen der Frauen nach Altersgruppen und Beruf auf die einzelnen Parteien verteilen. Nehmen wir an, daß die Frauen, die nicht sozialdemokratisch wählen, sich aus all diesen Schichten zusammensetzen. Die junge Tochter aus dem Arbeiterheim ist noch immer von der Idee erfüllt, daß Ehe und Versorgung einmahl an die Stelle der Erwerbsarbeit treten werden. Der geistige Einfluß an der Arbeitsstätte paßt sich dieser Ideologie oftmals an. Auch dann, wenn Männer im Betriebe arbeiten, die für sich selbst ganz andere Konsequenzen aus ihrer sozialen Lage ziehen. Viel schlimmer noch ist es dort, wo nur Frauen und Mädchen im Betrieb sind und wenn dann noch durch äußere Sauberkeit der Beschäftigung (im Bureau, Geschäft, Schneiderei usw.) die Illusion genährt wird, daß man doch eigentlich „etwas Besseres“ sei, denn ist für soziale oder gar politische Gedankenansätze sehr schwer Eingang zu finden.

Aber diese jungen Mädchen sind Arbeiterstöchter. Sie leben meistens in einem typischen Proletarierhaus; der Vater ist vielleicht Sozialdemokrat, mindestens aber doch sozialdemokratischer oder vielleicht auch kommunistischer Wähler. Bei der seit Jahrzehnten dauernd steigenden Zahl der erwerbstätigen Frauen ist anzunehmen, daß so fast jede verheiratete Frau, die der Arbeiterklasse zuzurechnen ist, mindestens eine Zeit ihres Lebens erwerbstätig war. Ist sie Hausangestellte oder Landarbeiterin gewesen, oder ist sie mit der oben erwähnten weiträumigen Einweisung ihrer Arbeit nachgegangen, dann ist ihr die Interessenwelt des Klassenbewußten Arbeiters bis zu ihrer Ehe trotzdem fremd geblieben. Und oft genug fehlt dann auch in der Ehe das, was schon im Elternhause nicht vorhanden war: Die Einsicht in die Notwendigkeit einer politischen Erziehung aller Familienmitglieder. Wieder sind es die Mütter, die neben der Schule einen starken Einfluß auf das Werden der Kinder, besonders der Töchter, haben. Es ist eine Kette ohne Ende.

Soll es so bleiben? Wir müssen doch wohl hier ein entscheidendes Wort an unsere männlichen Genossen richten. Ich möchte nicht falsch verstanden werden. Sozialdemokrat sein, heißt bewußt politisch handeln. Deshalb wollen wir nicht etwa, daß die Frauen bedingungslos tun, was die Männer für richtig halten. Aber auf die große Mehrzahl der Männer wirken die Einflüsse des täglichen Lebens viel stärker aufträufelnd, weil es für sie nicht die vielfachen materiellen und psychologischen Hemmungen gibt, von denen oben die Rede war. Es ist ihre Pflicht, die gewonnenen Erkenntnisse auch im Familienleben stärker auswirken zu lassen. So lange die organisierten und tätigen Genossinnen in der an Zahl fast vierfach so starken männlichen Genossen in ihrer Pionierarbeit keine wesentliche Stütze, z. T. sogar Widerstrebende finden, wird man auch über mangelndes politisches Interesse der Frauen und über ihre für den Sozialismus ungünstige Stimmenabgabe klagen. In der proletarischen Familie liegt der Schwerpunkt der politischen Erziehungsbildung.

Der neue Reichstag soll uns Ansporn sein, uns zu rüsten für neue erfolgreiche Kämpfe, für neue Siege für den Sozialismus.

Zollverhandlungen mit Deutschösterreich

In Wien begannen am 13. Juni die Verhandlungen über einen deutsch-österreichischen Handelsvertrag, der das bisher in Gültigkeit befindliche Abkommen von 1920 und die seither abgeschlossenen Zusatzabkommen ersetzen soll. Man rechnet damit, daß die Verhandlungen in Wien zunächst 14 Tage dauern und daß sie im September in Berlin fortgesetzt werden.

Die Wunschlisten enthalten auf deutscher Seite vor allem die Forderung einer Ermäßigung der Zölle für Wolle, Getreide und andere Textilien sowie Wünsche hinsichtlich verschiedener Erzeugnisse des Maschinen-, Metall- und Elektrohandels. Österreich legt sich hauptsächlich ein für eine günstigere Behandlung der Ausfuhr von Roh- und Schmelzblei und von Zink sowie nach Deutschland. Die österreichische Industrie fordert Ermäßigung der Zölle für (Bismut, Kupfer, Stahl, Eisen) und die Verhinderung der Einfuhr von Eisen und Stahl aus Deutschland. Österreich legt sich außerdem ein für eine Erleichterung der Einfuhr von Eisen und Stahl aus Deutschland.

Abrechnung mit der Rechten.

Ministerpräsident Braun antwortet der Opposition.

Am Sonntag wurde gestern die Aussprache über die Regierungserklärung abgeschlossen. Wir berichten darüber in der Beilage. Im Verlauf der Auseinandersetzungen ergriff Ministerpräsident Genosse Dr. Braun noch einmal das Wort, um der Opposition zu antworten.

Ministerpräsident Braun

wendet sich zunächst gegen die Bemerkung des Abg. Kasper (Komm.), daß der Kunze-Bericht die Politik des Zentrum in Deutschland nicht schreie. Er erklärt dabei: Ich erhebe gegen diese Angriffe auf einen bei der preussischen Regierung akkreditierten diplomatischen Vertreter und gegen den Versuch, einen solchen Diplomaten überhaupt in die Landtagsdebatten einzuschleusen, den schärfsten Einspruch. (Lärm bei den Kommunisten und Ruß: „Er verteidigt den Schleier noch!“) Weiter, so führt der Ministerpräsident dann aus, wurde in der Debatte von verschiedenen Seiten die Polizei wegen ihres Verhaltens bei den letzten Zusammenstößen angegriffen. (Ruß bei den Kommunisten und Nationalsozialisten: Die Summenfuppelpolizei!) Der Bericht des Polizeipräsidenten über diese Zusammenstöße liegt dem Staatsministerium bisher noch nicht vor. Aber ich möchte trotzdem allgemein sagen, daß, wenn auch die Polizeibeamten sich selbstverständlich gegenüber dem Publikum und bei Demonstrationen die größte Zurückhaltung auferlegen müssen, es ihnen niemand und zu allererst das Staatsministerium verdenken wird, daß sie von ihrer Befugnis zur Aufrechterhaltung der Ordnung nachdrücklich auch dann Gebrauch machen, wenn sie beschimpft und beleidigt werden. (Großer Lärm bei den Kommunisten und Ruß: Wir werden uns zu wehren wissen!) Man kann politische Demonstrationen auch abhalten, ohne die ihre Pflichten dienenden Beamten in der schärfsten Weise zu beschimpfen. (Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien.)

Ich kann daher den Polizeibeamten, die bei diesen Vorkommnissen eine schwere Probe bestanden, nur meine Anerkennung aussprechen, zumal sie in unerhörter Weise prozessiert worden sind. (Ruß bei den Kommunisten: Hat Weiß die Polizei auch prozessiert?)

Vom Abg. Ruß ist gegen den Herrn Justizminister ein Vorwurf erhoben worden, der das Ansehen des Ministers kaum so schwer schädigen kann, wie das Ansehen des Hauses, in dem so etwas ausgesprochen werden konnte. Ich möchte aber doch nicht unterlassen, bis in dem Vorwurf des Abg. Ruß enthaltene ungeheuerliche Verdächtigungen der Richter scharf zurückzuweisen. (Beifall bei den Regierungsparteien.) Zu den Ausführungen der beiden deutschnationalen Redner muß ich gestehen, daß, soweit der Abg. Boeder in Frage kommt, der mit sehr unrichtigen Argumenten operierte, es mir selber unmöglich ist, ihm mit dem gleichen Stimmaufwand zu antworten. Ich werde mich bemühen, mit der gebotenen Sachlichkeit die Dinge auf den Kopf zu stellen. (Stürmische Heiterkeit bei den Deutschnationalen und Ruß: Sehr richtig!), auf die Beine zu stellen, die Herr Boeder auf den Kopf gestellt hat. Von deutschnationaler Seite wurde gesagt, ich antworte überhaupt zu Unrecht, und es wurde mit der Annahme des Staatsgerichtshofs gebracht. (Sehr wohl rechts.) Vor drei Jahren drohten Sie (nach rechts) schon einmal mit dem Staatsgerichtshof. Sie haben sich damals wohl gehütet, das zu tun. Wenn Sie jetzt eine solche Entscheidung herbeiführen wollen, so sehe ich dem mit Ruhe entgegen. In Preußen ist es so, daß, wenn der Landtag den Ministerpräsidenten gewählt hat, dieser Ministerpräsident solange amtiert, bis ihm das Vertrauen entzogen wird. Da das jetzt nicht geschehen ist, und da es, wie ich aus den Erklärungen der Regierungsparteien entnehmen habe, wohl auch nicht geschehen wird, werde ich weiterhin auf meinem Posten ausharren. Innerhalb gibt es noch einen anderen Post. Es kann eine Wahl so ausfallen, daß das Ministerium in die Minderheit gerät. Dann ist es parlamentarischer Brauch, daß das Kabinett zurücktritt, wie es jetzt im Reich geschieht. Der Ministerpräsident verweist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß auch in Frankreich, dem parlamentarischen Brauch gemäß, das in den Wahlen siegreiche Kabinett Poincaré im Amt geblieben ist. Zu den Ausführungen der deutschnationalen Redner gegen die Verbreitung der Hirtfelder-Rede erklärt der Ministerpräsident nochmals, daß es sich dabei nur um eine Einzelrede gehandelt habe, wie sie bei der dritten Lesung üblich sei. Daß in dieser Rede Zahlenangaben und andere Einzelheiten enthalten waren, erkläre sich aus der Tatsache, daß man wenige Tage vor der Auflösung des Landtages stand. Falsch sei die Auffassung, daß etwa die Staatsregierung mit dieser Rede Wahlbeeinflussung betrieben hätte.

Wenn der sachliche Inhalt der Rede Einfluß auf die Entscheidung der Wähler ausgeübt hat, so hatte er zweifellos eine gute Wirkung, wie er doch, daß die Wähler weise für Tatsachen empfindlich sind als für unrichtige Agitationsbehauptungen. (Anhaltende Unterbrechungen bei den Deutschnationalen.)

Sie (nach rechts) haben selbst zugestanden, daß in der Rede nichts Unrichtiges enthalten war. Und der Abgeordnete Dr. Bauscher hat

schon gesagt, daß, wenn hier eine einseitige Darstellung vorgelegen hätte, Sie diese Rede als Wahlmaterial gegen die Staatsregierung so hätten verwenden können. Sie haben aber nur Ihre einseitige Darstellung den Lesern Ihrer Zeitungen zur Kenntnis gebracht. (Großer Lärm rechts.) Ich habe schon am Sonntagabend gesagt: Wenn die rechtsgerichteten Zeitungen nicht ihre journalistische Pflicht erfüllen, sondern ihre Leser nur einseitig unterrichten, dann ist die Regierung nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, den Wählern auf anderem Wege Tatsachenmaterial zugänglich zu machen. (Beifall bei den Regierungsparteien.)

Wenn sich alle Teile einer größeren Objektivität bestreuen würden, brauchte man darüber nicht so scharfe Debatten zu führen. Der Ministerpräsident erwartet bei dieser Gelegenheit an ein Rundschreiben, das von einer deutschnationalen Organisation ausgeht und in dem es u. a. heißt, jeder größere Betrieb müsse dafür sorgen, daß seine Arbeiter deutschnational wählen. Weiter ist der Satz enthalten:

„Jede Familie einen Taler zugewandt, wirkt für die Wahlen Wunder!“ (Stürmischer Beifall bei den Regierungsparteien. — Lärm bei den Deutschnationalen und Ruß: Die haben wir ausgeschlossen!) Wer mit solchen Mitteln arbeitet und die Wähler so wiebelig einschüßt, sollte anderen keine Vorwürfe machen. (Beif. Ruß bei den Dnol.: Sozialistische Wahlweise!)

Weiter zitiert der Ministerpräsident eine Entschließung des Landtags, die der Staatsregierung aus gewerblichen Kreisen zugegangen sei und worin es heißt: „Schäblich, soweit sie im Nebenberuf Handwerker sind, aber nicht dem Landbau angehörend, erhalten keine Aufträge mehr. Für Nichtlandbundesmitglieder wird das Sprunggeld für Bullen um 15 Prozent erhöht. Gailhäuser, deren Inhaber dem Landbau nicht angehören, werden nicht mehr beauftragt.“ (Anhaltende Heiterkeit bei den Regierungsparteien. — Stürmische Unterbrechungen bei den Dnol. und Ruß: Kaiserhoff!) Ich habe im Kalkhof das Sprunggeld für Bullen nicht erhöht. (Zuunterbrechungen rechts.) Ich habe viele Wahlkreisversammlungen draußen abgehalten, muß Ihnen (nach rechts) aber sagen, daß auch die oppositionellen Besucher dieser Versammlungen sich viel geistlicher benahmen als Sie dies hier tun. (Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien.) Wenn der Abg. Dr. v. Winterfeldt erklärt hat, im Rechenschaftsbericht der Staatsregierung sei verschwiegen worden, daß z. B. die Hilfe für die Landwirtschaft deshalb heute nicht größer sei als früher, weil auch die Kaufkraft gesunken ist, so ist diese Behauptung unrichtig. Denn selbst unter Berücksichtigung der gesunkenen Kaufkraft ergibt sich.

daß der verarmte preussische Staat mehr für die Landwirtschaft aufgewendet hat als das reiche frühere Preußen.

(Die fortgesetzten Unterbrechungen im Hause machen den Ministerpräsidenten auf den Tribünen nur schwer verständlich. Vizepräsident Schwenk muß wiederholt mit der Präsidentenloge eingreifen.) Im übrigen möchte ich darauf hinweisen, daß die hohe finanzielle Belastung, unter der auch die Landwirtschaft leidet, von der Reichsregierung und nicht von der preussischen Staatsregierung ausgeht.

Gegen unter einem deutschnationalen Reichsfinanzminister werden sozial Steuern zumit erhoben, daß wie sogar mehr als vorgegeben an den Reparationsagenten abführen mußten.

(Lärm rechts.) Wenn Sie (nach rechts) sich daran gewöhnen könnten, die schwere landwirtschaftliche Krise etwas sachlicher zu behandeln, dann würden wir uns über gewisse Maßnahmen, die wirklich zu ihrer Besserung führen könnten, wohl mehr einig sein können. Sie sehen aber das einzige Bindemittel nur in Zollerhöhungen (Ruß bei den Dnol.: Billigere Produktion!) Eine Verbilligung der Produktion liegt auch im Interesse der großen städtischen Konsumzentren. Es ist aber erforderlich, daß bei unserer Exportpolitik darauf Bedacht genommen wird, daß die Kaufkraft der Industriearbeiter nicht zum Schaden der Landwirtschaft weiter sinkt. Der Ministerpräsident wendet sich dann bei der Debatte hervorgehobenen zunehmenden Abwanderung vom Orte zu und erklärt, die preussische Regierung habe durch die Bereitstellung erheblicher Summen zum Bau von Landarbeiterwohnungen dazu beigetragen, die Landarbeiter sesshaft zu machen. Nun sei es an den Arbeitgebern, sie so zu behandeln, daß sie bleiben könnten.

Oben aber erhalte ich wieder aus Oppressen die Nachricht, daß an einer Stelle sieben Arbeiterfamilien geflüchtet wurde, um dafür acht polnische Familien zuzuziehen. (Stürmischer Lärm.)

Gegen die Staatsregierung ist der Vorwurf erhoben worden, sie kämpfe gegen das Christentum. Die Staatsregierung steht hier auf dem Standpunkt weitestgehender Toleranz. Wir haben, so schließt der Ministerpräsident, in den letzten Jahren hier in Preußen wohl den Beweis erbracht, daß die aufbauenden Kräfte hinter der Regierung und die zersetzenden Kräfte auf Ihrer Seite (nach rechts) stehen. (Beifall links. Widerspruch rechts.)

Zusammentritt des Reichstags.

Seute Wahl des Präsidiums.

Am Mittwoch nachmittag um 3 Uhr tritt der Reichstag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Alterspräsidenten Bock wird die Leitung mit einer kurzen Rede eröffnen. Dann kann die Konstituierung vor sich gehen. Die Sozialdemokratische Fraktion als stärkste Fraktion für das Präsidium wiederum Löbe vor. Er dürfte mit großer Mehrheit durchs Ziel gehen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bezieht sich am Dienstag u. a. auch mit der Wahl des dritten Vizepräsidenten, der nach der Stärke der Reichstagsfraktionen im Zukunft nicht mehr der Volkspartei, sondern den Kommunisten zufallen dürfte. Die Sozialdemokratische Fraktion für den kommunistischen Vizepräsidenten stimmen, wenn die Kommunisten die Geschäftsordnung nicht nur anerkennen, sondern auch innehalten und die berechtigten Ansprüche der anderen Fraktionen in Bezug auf die Befreiung des Präsidiums anerkennen. Stimmen die Kommunisten gegen Löbe für einen aussichtslosen Kandidaten aus ihren Reihen, dann wird die sozialdemokratische Fraktion sich bei der Wahl des dritten Vizepräsidenten der Stimme enthalten.

In Warschau kam es am Dienstag zu Arbeitstreuekundungen. Eine große Anzahl von Arbeitstrotzern begab sich vor das Gebäude des Arbeitsministeriums und verlangte, für eine Delegation Einsicht zu erlangen. Der Polizei gelang es, die Demonstrierenden ohne größere Zwischenfälle zu vertreiben.

Tientsin von Südtruppen besetzt.

Plünderungen und Schießereien im Eingeborenenviertel.

New York, 12. Juni. Wie das Staatsdepartement mitteilt, haben die Nationalisten Tientsin besetzt.

London, 12. Juni.

Nach Meldungen aus Tientsin ist es bei der Übernahme der Stadt durch die Nationalisten im Eingeborenenviertel zu verschiedenen Plünderungen gekommen, so daß die Polizei gezwungen war, auf die Plünderer zu schießen. Die Zwischenfälle sind jedoch nicht ernstlicher Natur. Der Polizei ist es gelungen, Ordnung und Ruhe aufrechtzuerhalten. In Tientsin herrscht ein gewisser Mangel an Rohstoffen. Infolge dessen brach der Mob in einige Krankenhäuser ein und raubte die dortigen Drogerien.

London, 12. Juni.

Nach einer Meldung aus Tokio hat der japanische Kriegsminister die amtliche Mitteilung vom Tode des Marschalls Tschangifollus erhalten.

London, 12. Juni.

Nach Telegrammen aus Schanghai hat die Kuangtung-Regierung ein Manifest vorbereitet, das im Namen des „Vereinigten Chinas“ chinesischen Fremden Mädchen überreicht werden soll. Darin wird mitgeteilt, daß der Krieg beendigt sei, und die Mädchen werden zur unverzüglichen Abberufung ihrer Truppen aus dem chinesischen Gebiet aufgefordert.

Bravo Schwent!

Der kommunistische Landtags-Dize waltet seines Amtes!

In der heutigen Sitzung des Landtags führte zum erstenmal der neugewählte kommunistische Vizepresident Schwent den Vorsitz. Er fand dabei Gelegenheit, dem preußischen Ministerpräsidenten Genossen Otto Braun gegen nationalsozialistische Störungsversuche mit Energie Ruhe zu verschaffen. Als der Nationalsozialist Haacke Genossen Braun durch lärmende Zurufe unterbrach, rief ihn Schwent zornig zur Ordnung und drohte ihm mit scharfen Maßnahmen — d. h. mit Ausschluß, falls er weiter lärmern sollte.

Damit hat Herr Schwent natürlich nur die Pflicht erfüllt, die er zugleich mit seinem Amte übernahm. Dennoch bleibt der kleine Zwischenfall ungemein lehrreich. Die kommunistische Presse beschimpft täglich jeden Sozialdemokraten, der als Inhaber eines Amtes die mit dem Amte verbundenen Pflichten gewissenhaft ausübt. Kommunistische Ruhestörer und Brüllhelden nimmt sie stets in Schutz. Raum aber hat ein Kommunist ein Amt übernommen das ihn zum Hüter der parlamentarischen Ordnung macht, so sieht man schon auch ihn um den Schutz der „verfaulenden parlamentarischen Wirtschaft“ gewissenhaft bemüht. Man sieht, daß auch er zum Schutz der parlamentarischen Ordnung vor der Androhung des Ausschusses nicht zurückbleibt.

Die Kommunisten könnten aus diesem kleinen Beispiel lernen. Die sozialdemokratischen Arbeiter freilich wissen längst, wie wenig ernst sie die Anklagen zu nehmen haben, die die kommunistische Presse täglich gegen sozialdemokratische Inhaber verantwortlicher Ämter zu erheben gewohnt ist.

Deutschnationale Selbstkritik.

Noch kein Fraktionsvorstand gewählt.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion sah gestern den ganzen Tag. Sie hielt, wie offiziell gemeldet wird, „eine eingehende Aussprache über die Probleme, die sich aus dem Wahlkampf ergeben haben, insbesondere über die Momente, die sich als schädlich für die Partei erwiesen haben.“ Ueber die Ursachen der Niederlage will man sich auch noch in weiteren Fraktionsitzungen beschäftigen.

Eine Vorstandswahl kam in der deutschnationalen Fraktion noch nicht zustande. Als Grund wird der Eintritt von 14 neuen Mitgliedern in die Fraktion angegeben, die erst „Fühlung nehmen“ müßten. Das ist natürlich nur ein Vorwand. Offenbar ist der Widerstand gegen die bisherige Fraktionsleitung so stark, daß sie sich vorläufig noch gar nicht traut, sich zur Wiederwahl zu stellen.

Der Graf hat nicht mehr zu befehlen. Westarp, das Ende einer Diktatur!

Stahlhelm an die Volkspartei!

Scholz wird an seine Verpflichtung erinnert.

Durch III. wird folgender Tagesbefehl des Stahlhelms ausgegeben:

Der Stahlhelmbund der Frontkämpfer hat trotz seiner grundsätzlichen Einstellung gegen das herrschende parlamentarische Parteiensystem und seine Wahlverurteilung, des Systems, bei den Wahlen am 20. Mai sich aktiv betätigt. Der Stahlhelm ging dabei von der Auffassung aus, daß es für die Stahlhelmskameraden bei den Wahlen sich darum handelte, nicht Parteien, sondern einzelne Männer des Stahlhelms zu wählen. Diese Männer, die mit dem Stahlhelmsymbol und dem Stahlhelmsymbol in die Parlamente einzutreten, haben die Verpflichtung, in ihrer parlamentarischen Betätigung die politischen Grundanschauungen des Stahlhelms als einer politischen Freiheitsbewegung zum Ausdruck zu bringen.

Noch diesen Grundanschauungen kann es für einen Abgeordneten, der die Stahlhelmsymbol vertritt, nicht in Betracht kommen, auch nur politisch-taktisch mit folgenden Kräften zusammenzuarbeiten:

1. Eine Zusammenarbeit ist abzulehnen mit solchen sozialreaktionären Männern, die der vollberechtigten Eingliederung der Arbeiterschaft in den Volkstörper und in die Volksgemeinschaft abstreben, und die eine gesunde nationale Wirtschaft ablehnen, die auf der innigen Zusammenarbeit der produzierenden Kräfte beruht, das heißt, einer ihrer nationalen Verantwortung bewußten deutschen Unternehmerschaft und einer hoch entwickelten deutschen Arbeiterschaft.

2. Eine Zusammenarbeit ist abzulehnen mit den sozialen reaktionären (!) politischen Gruppen, die durch ihr utopisches Programm des Klassenkampfes und der Klasseninternationale die noch dem Frontbündnis des Stahlhelms notwendige Volksgemeinschaft bewahrt verhindern und politisch nur von den immer wieder von ihnen künstlich aufgemüllten Klassengegensätzen im Volke leben.

3. Eine Zusammenarbeit ist abzulehnen mit denjenigen Gruppen, die ihr utopisches Bekenntnis zur pazifistischen Internationale über die Selbstbehauptung eines deutschen Staates deutscher Menschen setzen.

Wie bekannt, gehören mehrere Abgeordnete der Volkspartei dem Stahlhelm an, unter ihnen auch der Fraktionsvorsitzende Dr. Scholz.

Jam Jall Friedberg. Die Grabschichte für den ehemaligen Oberstaatsanwalt Dr. Friedberg in Weimar und die Niederlegungstrübe für die Disziplinerverfahren gegen ihn wurden im thüringischen Landtag mit dem Stillhalten der bürgerlichen Parteien gegen die der Sozialdemokraten und Kommunisten im Verhältnis von 4:3 abgelehnt.

Eine öffentliche Aufforderung zur Abgabe einer Vermögenserklärung für 1928 wird heute von den Finanzämtern im Bezirk des Landesfinanzamtes Berlin im Informativteil veröffentlicht.

Genossenschaftstag in Dresden.

Gegen Hochschuhzoll und Gefrierfleischdrofflung.

Dresden, 12. Juni. (Eigenbericht.)

Am Dienstag nahm der Genossenschaftstag ein Referat über die Entwicklung des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine entgegen, das August Rasch-Hamburg an Stelle des erkrankten Heinrich Kaufmann hielt.

Preispolitik und Gefrierfleischfrage.

Dann sprach Bästlein-Hamburg über Wirtschaftspragen. Seine Ausführungen waren eine harte Auseinandersetzung mit den verbraucherschädlichen Tendenzen, durch die die Wirtschaftspolitik gekennzeichnet wird. Insbesondere wandte sich der Redner gegen die Preispolitik der Syndikate und gegen den Unfug der Preiserektion, von denen die Syndikate immer brutal Gebrauch machen, wenn sich die Verbraucherorganisationen nicht dem Preisbrot unterwerfen. In diesem Zusammenhang wurde auch in der Konsumgenossenschaftsbewegung dem System der Markenartikel zu wenig Beachtung geschenkt. Der Markenartikel diene nur dazu, den Verbrauch von der privatkapitalistischen Produktion abhängig zu machen. Pflicht der Konsumgenossenschaft sei, sich von den Markenartikeln zu befreien, da die Konsumgenossenschaftliche Eigenproduktion die Ware in besserer Qualität und billiger herstelle. Leider könne man immer noch die Beobachtung machen, daß auch Konsumvereine noch Markenartikel vertreiben, weil man ohne sie „nicht auskommen könne“. Bezüglich der Gefrierfleischfrage stellte Bästlein fest, daß die parlamentarischen Vertreter des Mittelstandes im Reichstag für die Herabsetzung der zollfreien Gefrierfleischkontingente gestimmt haben. Jetzt betreibt die Mittelstandsorganisation im Bunde eine Hege gegen die Konsumvereine und verlangt eine Änderung der Gefrierfleischverteilung. Dazu hätten sie, wie der Redner unter dem Beifall des Genossenschaftstages unterstrich, kein Recht. Wer für die Verringerung der Gefrierfleischkontingente eingetreten sei, müsse selbstverständlich für die Verteilung der verringerten Kontingente aufstehen. Der Redner beklagte sich auch über die Einstellung der Regierungen im Reich und in den Ländern. Sie seien gegen die Konsumgenossenschaftsbewegung eingestellt und immer bereit, Maßnahmen zu unternehmen und durchzuführen, die vom Gegner der

Konsumvereinsbewegung propagiert würden. Die Regierungen hielten es auch für überflüssig, sich mit einer großen Verbraucherorganisation, wie sie der Zentralverband deutscher Konsumvereine darstelle, in Verbindung zu setzen, wenn Maßnahmen getroffen werden, die in die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln umfassen. Bästlein kritisierte schließlich noch die Politik des preußischen Handelsministers. Sie erwecke den Eindruck, daß der Minister sich nicht von den Interessen der Gesamtbevölkerung leiten lasse, sondern nur das tue, was ihm seine Partei vorschreibe.

Ein kommunistischer Vorstoß abgewehrt.

In der Debatte unternahm die kommunistischen Delegierten einen Vorstoß. Der Reichstagsabgeordnete Roemer stellte u. a. die Behauptung auf, der Zentralverband habe auf der ganzen Linie versagt, ohne für diese Behauptung auch nur eine Spur von Beweis zu erbringen.

In seinem Schlusswort erinnerte Bästlein an eine Reichstagsdrucksache vom 21. März 1928. An diesem Tage wurde über den Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, das Gefrierfleischkontingent auf 120 000 Tonnen zu erhöhen, abgestimmt. Von der 30 Mann starken kommunistischen Fraktion hatten sich nur 15 an der Abstimmung beteiligt. Unter diesen Umständen mußte der Antrag der Sozialdemokratie der Ablehnung verfallen. Unter Zustimmung der Versammlung stellte der Redner dann noch fest, daß man den Kampf um die Verbraucherinteressen nicht mit großen Worten führen könne, hinter denen nichts stehe.

Der Genossenschaftstag nahm schließlich die von der KPD. bekämpften Anträge des Generalsekretärs gegen eine Stimme an. In einem dieser Anträge protestiert der Genossenschaftstag gegen die Hochschuhzollpolitik der Regierung. Weiter wird die Aufhebung jeder Beschränkung der zollfreien Einfuhr von Gefrierfleisch gefordert. Eine andere Entscheidung stellt fest, daß die Reichsregierung entgegen den klaren Entscheidungen des Reichsfinanzhofes und der höchsten Gerichte die Konsumgenossenschaften durch das Steuervereinfachungsgezet zur Gewerbesteuer heranziehen will.

Neues Antiautonomistenurteil.

Schwere Zuchthausstrafen gegen Abwesende.

Kolmar, 12. Juni.

Das Urteil in dem zweiten Autonomistenprozeß lautete gegen Leh auf 20 Jahre Zuchthaus, gegen Dr. Ernst, Direktor Fink und Dr. Ross auf je 15 Jahre Zuchthaus, gegen Professor Schmidlin, Maxer Hirschel und Kaufmann Zabad auf je 10 Jahre Zuchthaus. Den Angeklagten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte abgesprochen, außerdem wurden sie auf die Dauer von 20 Jahren aus Elsass-Lothringen verbannt.

W. I. B. bemerkt zu diesem Urteil, das übrigens in contumaciam, d. h. gegen Abwesende, weil ins Ausland geflüchtete Angeklagte gefällt wurde:

Das Urteil, dessen Strafmaß in keinem Verhältnis steht zu den im eigentlichen Kolmarer Komplexprozeß am 24. Mai verfürgten leichten Gefängnisstrafen gegenüber vier führenden Autonomisten aber gar zu den dort ausgesprochenen elf Freisprüchen, wird in keiner Weise dazu angetan sein, das gegenseitige Mißtrauen zwischen Frankreich und Elsass-Lothringen aus der Welt zu schaffen. Es zeigt aber deutlich, daß die französischen Behörden die elssalothringischen Forderungen auch jetzt noch als des Wert „ausländischer Agenten“ angesehen messen möchten.

Bertheidigung der Rechte Cupens.

Heftige Debatte in der belgischen Kammer.

Brüssel, 12. Juni. (Eigenbericht.)

In der belgischen Kammer kam es am Dienstag anlässlich einer Interpellation des sozialistischen Abgeordneten van Cupen-Delema, Somerhausen, zu heftigen Auftritten. Somerhausen protestierte gegen die Meldung der Regierung, einen von allen Parteien Cupens vorgeschlagenen angesehenen katholischen Stadtverordneten zum Bürgermeister zu ernennen und statt seiner einen Regierungsbeamten als Bürgermeister zu delegieren. Somerhausen bewies, daß diese Handlungswiese eine Verletzung der belgischen Gesetzgebung darstellt, die seit 1925 auf das neubelgische Gebiet ausgedehnt ist.

Der katholische Innenminister Barnon antwortete, daß der betreffende Cupener Stadtverordnete wegen seiner „antikatholischen Gesinnung“ nicht zum Amt des Bürgermeisters geeignet sei. Die katholischen Abgeordneten schwiegen sich bei dieser Beschimpfung ihres von den Cupenar Katholiken einstimmig vorgeschlagenen Parteifreundes vollkommen aus. Als Somerhausen dann die sofortige Abkündigung über seine Interpellation verlangte, ließen die Katholiken unter ungeheurem Lärm die Beschlusunfähigkeit des Hauses feststellen.

Amerika hat das Wort!

Pariser Echo des Gilbert-Berichts.

Paris, 12. Juni. (Eigenbericht.)

In Frankreich ist das Gefühl allgemein, daß die Forderung des Reparationszogenes nach einer umfassenden Regelung der Domes-Verpflichtungen in erster Linie in Washington, und zwar in Verbindung mit der interalliierten Schuldenfrage, geprüft werden müsse. Der „Temps“ gibt dem am Dienstagabend

deutlich Ausdruck. Das Blatt schreibt, die Umstände, unter denen die Regelung der Reparationsfragen erfolgen könne, hingen in erster Linie von Amerika ab. Das Blatt erkennt aber durchaus an — und diese Feststellung kann als Fortschritt bezeichnet werden — daß die endgültige Festsetzung der von Deutschland geschuldeten Summe eines der dringendsten Probleme der Zukunft ist.

Hoover Präsidentschaftskandidat.

Der republikanische Konvent in Kansas-City. — Coolidge verzichtet endgültig.

Der gestern in Kansas-City zusammengetretene „Konvent“ — das heißt sozialistische Parteitag — der Republikanischen Partei der Vereinigten Staaten hat sofort über einen wichtigen Punkt Klarheit gebracht. Bisher galt es immer noch für möglich, daß Coolidge eine Wiederwahl als Präsidentschaftskandidat trotz seiner bisher gegenteiligen, allerdings nicht ganz kategorischen Erklärungen, annehmen würde. Gleich zu Beginn des Konvents ist indessen mitgeteilt worden, daß Coolidge endgültig verzichtet. In den Reden kam zum Ausdruck, daß Coolidge zweifellos mit absehender Mehrheit nominiert worden wäre, falls er seiner Wiederwahl zugestimmt haben würde.

Als aussichtsreichster republikanischer Kandidat gilt zurzeit der bisherige Staatssekretär im Handelsdepartement Herbert Hoover, der von einer ganzen Reihe prominenter Parteigrößen, darunter Staatssekretär Mellon und Senator Borah, unterstützt wird. Die Wahl findet am Donnerstag statt und man rechnet sogar mit seiner Auffstellung im ersten Wahlgang.

Der demokratische Konvent tritt in zwei Wochen in der Stadt Houston (Texas) zusammen.

Keine Spaltung in der Arbeiterpartei.

Letzte Vorgänge maßlos aufgebauscht.

London, 12. Juni.

Die „Bolschewistische Zeitung“ hat am Dienstag früh einen sensationellen Bericht gebracht über die Spaltungen in der britischen Labour Party. Diese Nachricht kann nur dem Sensationsbedürfnis des Londoner Korrespondenten sein, welcher mangels anderer Neuigkeiten aus London diese Ernte in die Welt geschleht hat. Die von ihm aufgedruckten Vorgänge in Birmingham sind vollkommen lokaler Natur. Es handelt sich lediglich um den Ausschluß einiger individueller Mitglieder der Arbeiterpartei bzw. der dortigen Unabhängigen Partei, welche sich dem Vorbeschlusse hinsichtlich der Ausschließung von Kommunisten nicht gefügt haben. Die Vorgänge haben keine internationale Bedeutung. Die Partei ist niemals so stark und einig gewesen wie gerade heute.

Heraufsetzung des Wahlalters im Oberhaus abgelehnt.

London, 12. Juni. (Eigenbericht.)

Im Oberhaus wurde durch Lord Newton bei Beratung der Wahlrechtsreform ein Antrag eingebracht, der eine Erhöhung des Wahlalters für die neuen Wähler von 21 auf 25 Jahre vorsieht. Der Antrag wurde mit Ausnahme der unbedeutenden rechtskonserativen Gruppe, als deren Sprecher Lord Newton seinen Antrag eingebracht hatte, vom gesamten Oberhaus abgelehnt.



Der Mord auf dem Arnswalder Platz.

Die medizinischen Sachverständigen über Oppenkowski.

Die graufige Tat des Formers Alfred Oppenkowski an der 18jährigen Elisabeth Stanglerski erhielt in der gestrigen Gerichtsverhandlung eine fast erschöpfende Erklärung sowohl von sozialer als auch medizinischer Seite. Die erste wurde durch den Lebenslauf des Angeklagten erzählt, die letztere durch das Gutachten der Sachverständigen.

Da war einmal die gerichtliche medizinische Frage zu lösen: Raubmord oder nicht? Die Entscheidung fiel eher zugunsten des Angeklagten. Die Tote wies keine Verletzungen auf, die auf einen Widerstand hingewiesen hätten. Auf dem Boden hatte man keine Spuren eines Kampfes gefunden. Die zerrissenen Kleidungsstücke legten nur Zeugnis ab von dem brutalen Zugriff des triebberauschten Mannes. Das Gutachten des Prof. Fraenkel lautete demgemäß: Nichts läßt auf eine Vergewaltigung schließen. Anderer Meinung darüber war Dr. Siörner. Und dann die psychiatrische Frage. Welcher Art war der geistige Zustand des Angeklagten, als er die Stanglerski ermordete? Bestimmend waren für ihn zwei Momente: Seine anormale sexuelle Fixierung in der frühesten Jugend und die Wirkung des Alkohols auf sein Sexualleben. Gewisse sadistische Reigungen in ihm wurden durch den Alkoholgenuß in bedrohlichen Maße gesteigert. Daraus mußte seine Frau ein trauriges Lied zu singen. Bestätigt wurde diese Tatsache durch das

Alkoholgenuß, führte ihn mitunter von seiner Frau zu fremden Weibern hin. Der Abartigkeit seines Sexuallebens bewußt, hatte er mehr als einmal Selbstmordversuche begangen. So waren Krieg, Arbeitslosigkeit und Alkohol gewissermaßen zu seinem Verhängnis geworden.

Für die Entscheidung des Gerichts wird aber noch die Beurteilung einer Frage von größter Bedeutung sein. Entspricht Oppenkowski's Schilderung über seine Begegnung mit der Stanglerski der Wahrheit oder nicht? Oppenkowski behauptet, daß er gegen 4 Uhr morgens, als er über den Arnswalder Platz ging, plötzlich das Bimmern einer Frauenstimme vernommen habe und gleich darauf einen Mann dem Gebüsch habe entlocken sehen. Von dem Mädchen, das er hier angetroffen habe, sei ihm gesagt worden, daß der Mann sich an ihr habe vergehen wollen. Er sei dann mit dem Mädchen einige Zeit durch die Straßen gegangen, habe sich dann mit ihr ins Gebüsch zurückgezogen und hier sei es geschehen. Gewalt habe er nicht angewandt. Als er zu sich gekommen, sei das Mädchen tot gewesen. Doch an der Erzählung Oppenkowski's etwas Richtiges sein muß, ergibt sich allein schon aus dem Umstande, daß sich die Stanglerski schon um 12 Uhr von ihren Bekannten getrennt hatte, während Oppenkowski sich um diese Zeit noch in der Linienstraße befunden hat. Also muß die Stanglerski, die nicht abgeneigt war, Männerbekanntschaften zu machen, die Zeit bis 4 Uhr mit einem anderen verbracht haben. Sei es aber wie es wolle. Selbst wenn Oppenkowski's Tat in einem Zustand krankhafter Bewußtseinsstörung begangen haben sollte, wird er als Gemeingefährlicher bis auf weiteres nicht in die Gesellschaft zurückkehren dürfen.

Um den Kraftdroshentarif. Eine Besprechung im Polizeipräsidium.

Gestern hat im Polizeipräsidium unter Vorsitz des Polizeipräsidenten eine Beratung mit den Vertretern des Droshentaxenwesens über die Schaffung eines Einheitsstarifes stattgefunden. Der Polizeipräsident betonte dabei, daß er grundsätzlich nicht abgeneigt sei, einen Einheitsstarif für das Droshentaxenwesen zu schaffen, obwohl die hauptsächliche Voraussetzung dafür, ein Einheitsstarif, noch keineswegs gegeben sei. Er könne aber dem vom Droshentaxenwesen vorgeschlagenen Tarif nicht zustimmen, da dieser Tarif in seinen Auswirkungen eine Verteuerung der Droshentaxen bedeute. Zwar sei in diesem Tarif die Grundtaxe herabgesetzt und die kurzen Fahrten dadurch verbilligt worden, doch bedeute der Tarif für längere Fahrten eine erhebliche Verteuerung. Eine Befreiung des Droshentaxenwesens könne aber nur durch eine Verbilligung des Tarifes herbeigeführt werden, denn die Verbilligung steigere die Benutzung der Droshen, vermindere die Zahl der Beauftragten und vermehre damit der Steuer. Es müsse auch für das Droshentaxenwesen der Grundtaxe gelten: Kleiner Kupon, vermehrter Umlauf; vermehrter Umlauf, Steigerung der Rentabilität. Um dies Ziel zu erreichen, wurde den Vertretern des Droshentaxenwesens vom Polizeipräsidenten ein Gegenentwurf für die Tarifgestaltung überreicht, der besagt:

1. Taxen: Es bestehen drei Taxen,
 - a) Taxe 1 für die Beförderung von ein bis zwei erwachsenen Personen am Tage,
 - b) Taxe 2 für die Beförderung von drei bis vier erwachsenen Personen am Tage oder ein bis zwei Personen zur Nachtzeit,
 - c) Taxe 3 für die Beförderung von drei oder mehr erwachsenen Personen zur Nachtzeit.
2. Gebühren: Die Grundgebühr beträgt 0,25 Mt., die Zulage

gebühren 0,05 Mt. Die Grundgebühr wird berechnet in Taxe 1 für die ersten 400 Meter, Taxe 2 für die ersten 200 Meter und Taxe 3 für 33 1/3 Meter.

Die Zulagegebühr wird berechnet in Taxe 1 für jede weiteren 200 Meter, Taxe 2 für jede weiteren 100 Meter und Taxe 3 für jede weiteren 66 2/3 Meter.

Der Polizeipräsident hat die Vertreter des Droshentaxenwesens, sich möglichst schnell über diesen Gegenentwurf schlüssig zu werden, damit die Beunruhigung, die durch die Tarifstreitigkeiten in die Berliner Bevölkerung hineingetragen sei, in kürzester Frist behoben werde, und setzte die nächste Besprechung im Polizeipräsidium auf Donnerstag vormittag 10 Uhr fest.

Auch im Interesse der Kraftwagenfahrer ist zu wünschen, daß möglichst rasch eine Einigung erzielt wird.

Neue Unterschleife bei der Reichsbahn. Zwei Reichsbahnoberbeamte des Amtes entbunden.

Dresden, 12. Juni.

Bei der Reichsbahndirektion Dresden ist man größeren Unregelmäßigkeiten auf die Spur gekommen. Die Ermittlungen haben bisher dazu geführt, daß der Reichsbahnbaumeister der Reichsbahndirektion Dresden Nicolai und der Reichsbahnobersachverständige Bieweg ihres Amtes entbunden wurden. Den Dresdner Neuesten Nachrichten zufolge handelt es sich um von Nicolai mit Unterstützung Biewegs ohne Genehmigung der Behörde an eine Firma verkaufte Lizenzen, wofür diese Firma 10.000 bis 12.000 Mark Lizenzgebühren an Nicolai zahlte. Die Reichsbahndirektion hat die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben.

Gegen die Landschulheime.

Die „Christlich-Unpolitischen“ sind Feinde jeden Schulfortschritts. Das beweist deutlich ihre Stellung zur Landschulheimbewegung, die in dem Berliner Stadtschulrat Genossen Abdahl einen Förderer gefunden hat. „Christlich-Unpolitischen“ Obsteuten ist ein vier Seiten umfassendes Blatt mit Richtlinien zugegangen, wie sie diese Frage behandeln sollen. Alles mögliche wird dagegen angeführt, von „schweren“, aus dem Zusammenleben sich ergebenden „sittlichen“ Gefahren wird geredet. Entschieden sei über die Haltung des Konfirmanden, das die Landschulheime ablehnt, weil die ordnungsmäßige Erteilung des Konfirmandenunterrichts dadurch beeinträchtigt würde. Um des Konfirmandenunterrichts willen dürfen also Kinder des Volkes nicht vier Wochen zur Erholung ins Landschulheim geschickt werden. Was braucht die durch Krieg und Nachkriegsverhältnisse körperlich verelendete unterernährte Jugend auch Erholung und Kräftigung und Gesundheit, wenn nur das Seelenheil und die Ansprüche der Kirche gesichert sind.

Wer einmal unsere Jugend draußen, fern vom Haken und Treiben der Großstadt, in den Landschulheimen gesehen hat, wird deren segensreiche Wirkung kennen, wird allen danken, die für diese Einrichtungen gekämpft und gearbeitet haben. Das können die Freunde des „Schulhaus“ für sich in Anspruch nehmen. Deshalb sollten alle Eltern am 17. Juni den „Christlich-Unpolitischen“ für ihren Mangel an sozialem Verständnis die Quittung geben und nur werden und stimmen für die Liste

Schulaufbau!

Wieder ein Sittlichkeitsverbrecher verhaftet!

Die Kriminalpolizei hat gestern einen Unhold, dem sie seit drei Wochen suchte, ermittelt und festgenommen. Am 22. Mai erschien in einer Wohnung in Charlottenburg die Berliner einer Fabrik, um einen Apparat für Fußbodenreinigung anzubieten. Sie erhielt den Auftrag, am nächsten Tage einen Vorführer mit dem Apparat selbst zu schicken. Es kam dann

Alkoholexperiment, das an ihm in der Irrenanstalt Wittenau vorgenommen

murde. Selbst eine Alkoholmenge, die geringer war als die von ihm am verhängnisvollen Abend zu sich genommene, verursachte bei ihm einen gewissen Bewirungszustand, bei dem er nur mit Mühe vom Beissen abgehalten werden konnte. Ganz so hatte ihn seine Frau im Rauchzustand beobachtet. Am nächsten Morgen wies seine Erinnerung große Lücken auf. Angefichts dieses Ergebnisses des Alkoholexperiments waren die Sachverständigen einig in ihren Gutachten. Oppenkowski, ein von Jugend auf psychopathischer Mensch, mit übermäßiger Sinnlichkeit begabt, neigte insbesondere unter dem Einfluß des Alkohols zu sadistischen Handlungen; im Augenblick als er die Stanglerski würgte, fehlte ihm das Bewußtsein von den möglichen Folgen seiner Handlung, er dachte überhaupt nichts. Sein Tun war nicht mehr als der Ausfluß der durch den Alkohol aufs höchste gesteigerten sinnlichen Erregung. Nach diesem Gutachten hätte man annehmen müssen, daß die Sachverständigen dem Angeklagten den Schutz des § 51 zubilligen würden, wie sie dies vor einigen Jahren bei einem ähnlich ausgefallenen Alkoholexperiment dem Schupo-Wachtmeister Berth gegenüber getan haben. Diesmal aber sagten sie nein: § 1 kommt nicht in Betracht, man kann höchstens von einer übermäßigen Affektsteigerung sprechen. Wo bleibt hier die Logik? Dies die medizinische Seite des Falles Oppenkowski. Und nun die soziale.

Die Veränderung in Oppenkowski's Wesen begann nach seiner Rückkehr aus dem Kriege. Von klein auf ein hollöcher Mensch, hatte er in der Gefangenschaft einen Nervenzusammenbruch erlitten und zeigte sich nun im Elternhause derart reizbar, daß er zu seiner zukünftigen Schwiegermutter zog. Sein

sozialer Abstieg begann, als ihn Not und Arbeitslosigkeit packte und ihn in einen Kreis von Menschen brachte, in deren Gesellschaft er sich das Trinken angewöhnte. In diese Zeit fallen auch seine Straftaten. Seine übermäßige Sinnlichkeit, verbunden mit dem

Jack London: Wolfsblut.

Wäre er nun klug gewesen, so würde er nicht zum Grauen Biber zurückgekehrt sein, allein seine Treue zwang ihn, zu dem zurückzukehren, der ihn schon zweimal verraten hatte. Wieder ließ er sich den ledernen Riemen um den Hals binden, wiederum kam Schmitt ihn zu holen, und wiederum wurde er geprügelt, aber diesmal schlimmer als je zuvor. Der Graue Biber sah unbewegt zu, während der Weiße die Peitsche schwang. Der Hund gehörte ihm ja nicht mehr, also nahm er sich seiner auch nicht mehr an. Als es vorüber war, war es Wolfsblut überliefert. Ein weichtlicher Hund aus dem Südband wäre daran gestorben, aber Wolfsbluts Lebensschule war eine härtere gewesen, und der Stoff, aus dem er gemacht war, war auch zäher, also überlebte er es. Aber ihm war überliefert, und der schöne Schmitt mußte eine halbe Stunde warten, bis Wolfsblut aufstehen konnte. Dann schleppte er sich halb blind und taumelnd nach dem Fort.

Diesmal wurde er an eine Kette gebunden, die seinen Zähnen widerstand, und die er vergebens mit dem Holzpfloch aus dem Boden zu reißen versuchte. Ein paar Tage später zog der Graue Biber dankerott, aber nüchtern, den Porcupineschuß hinauf, um die lange Reise nach dem Wadenzie anzutreten. Wolfsblut blieb am Yukon das Eigentum eines Menschen, der halb verrückt und durch und durch roh war. Aber was weiß ein Hund von menschlicher Berrücktheit! Für ihn war Schmitt der Herr, wenn auch ein fürchterlicher; und er mußte, daß er sich dem Willen dieses neuen Herrn zu unterwerfen und jeder seiner Launen zu gehorchen hätte.

3. Das Regiment des Hasses.

Unter der Herrschaft dieses tollen Herrn wurde Wolfsblut zum Teufel. Schmitt hielt ihn im Hundestall hinten im Fort an der Kette, neckte und reizte ihn und machte ihn durch allerlei Quälereien wild. Er entdeckte bald Wolfsbluts Empfindlichkeit gegen das Gelächter, und wenn er ihn tüchtig gequält hatte, dann lachte er ihn aus. Dies Lachen war laut und höhnisch, und zu gleicher Zeit wies er mit dem Finger spöttisch auf ihn. Dann verließ Wolfsblut der letzte Rest von Ueberlegung, und in seiner Raserei war er toller als der schöne Schmitt selber.

gemessen und hatte nach ihrem Blute geseht, jetzt wurde er jedermanns Feind. Er wurde so sehr gequält, daß er blind und ohne jedes Fünkchen von Verstand haßte. Er haßte die Kette, mit der er angebunden war, die Leute, welche durch die Spalten des Käfigs ihn anguckten, die Hunde, die in ihrer Begleitung waren und ihn in seiner Hilflosigkeit boshaft anknurrten, selbst das Holz des ihn einschließenden Käfigs haßte er, vor allem aber haßte er Schmitt.

Bei alledem verfolgte dieser einen Zweck. Eines Tages versammelte sich eine große Menschenmenge um den Käfig. Schmitt ging mit einem Stod hinein und löste die Kette von Wolfsblut's Halbe. Als er wieder draußen war, rannte Wolfsblut im Stoll herum und versuchte, die Leute draußen anzufallen. Er sah fürchtbar und doch prächtig aus. Er war volle fünf Fuß lang bei einer Schulterhöhe von zwei und einem halben Fuß. Von der Mutter hatte er als Erbteil gewaltigere Proportionen, als sie ein Wolf von gleicher Größe hat, erhalten, so daß er ohne einen Anseh von Fett und ohne ein Lot überflüssiges Fleisch mehr als neunzig Pfund wog. Alles war bei ihm Muskel, Knochen und Sehnen, also Kampfmateriel der allerfeinsten Sorte.

Die Tür des Käfigs wurde wieder geöffnet. Wolfsblut blieb stehen. Er wartete, denn etwas Ungewöhnliches begab sich. Die Tür öffnete sich weiter, und ein mächtiger Hund wurde hineingeschoben, worauf die Tür sich schloß. Es war ein Kettenhund, wie Wolfsblut noch nie gesehen hatte, aber die Größe und das drohende Aussehen stößte Wolfsblut keine Furcht ein. Hier war etwas, was weder Holz noch Eisen war, und woran er seine Blut auslassen konnte. Im Nu sprang er mit blitzenden Zähnen auf ihn los und riß ihm dem Hals an der Seite auf. Der andere schüttelte den Kopf, grüßte heiser und stürzte sich auf den Angreifer. Aber Wolfsblut war überall und nirgends, wich aus, sprang zu, verwundete mit den Zähnen und sprang wieder weg, um der Rache des anderen zu entgehen.

Die Draußenstehenden jubelten und klatschten in die Hände, während Schmitt über die Wunden frohlockte, die Wolfsblut dem andern beibrachte. Der fremde Hund hatte von Anfang an wenig Aussicht; er war zu langsam, zu schwerfällig. Endlich trieb Schmitt Wolfsblut mit einem Mittel zurück, und der Kettenhund wurde von dem Eigentümer herausgeholt. Dann klamperte Geld, und die Weiten wurden in Schmitts Hand ausgezahlt.

Von nun an war Wolfsblut zufrieden, wenn Leute sich um den Käfig versammelten. Das bedeutete einen Kampf, und das war seine einzige Abwechslung. Da er als Ge-

fänger gehalten und zum Haß angestachelt wurde, so konnte er ihm nur Lust machen, wenn ihm ein Hund gegenübergestellt wurde, und Schmitt hatte seine Kraft richtig beurteilt, denn stets ging er als Sieger aus dem Kampfe hervor. Eines Tages wurden drei Hunde hintereinander zu ihm hineingelassen, ein andermal ein erwachsener Wolf, frisch aus der Wildnis, und wieder ein andermal zwei Hunde zu gleicher Zeit auf ihn gekehrt. Dieser letzte Kampf war der schlimmste und wenn auch am Ende beide tot auf dem Kampfplatz blieben, so war Wolfsblut selber ebenfalls halbtot nach der Schlacht.

Als im Herbst des Jahres der erste Schnee fiel, und das Schneeweis den Fluß hinabtrieb, löste Schmitt für sich und Wolfsblut Karten zu einer Dampferfahrt nach Dawson, den Yukon hinauf. Wolfsblut hatte sich bereits einen Namen gemacht; weit und breit war er als der streitbare Wolf bekannt, und der Käfig, worin er sich auf dem Verdeck des Dampfers befand, war stets von Neugierigen umdrängt. Er knurrte diese entweder wütend an oder lag still und beobachtete sie mit kaltem Haß. Warum sollte er sie nicht hassen? Er legte sich diese Frage allerdings nicht vor, aber er kannte nur noch den Haß, der ihm Leidenschaft, wie ihm das Leben zur Hölle geworden war. Er war nicht für eine enge Haß geschaffen — die wilden Tiere können sie nur schwer ertragen, — außerdem starrten die Leute ihn an, stießen durch die Latten des Käfigs mit Stöcken nach ihm, damit er sie anknurre und lachten ihn danach aus.

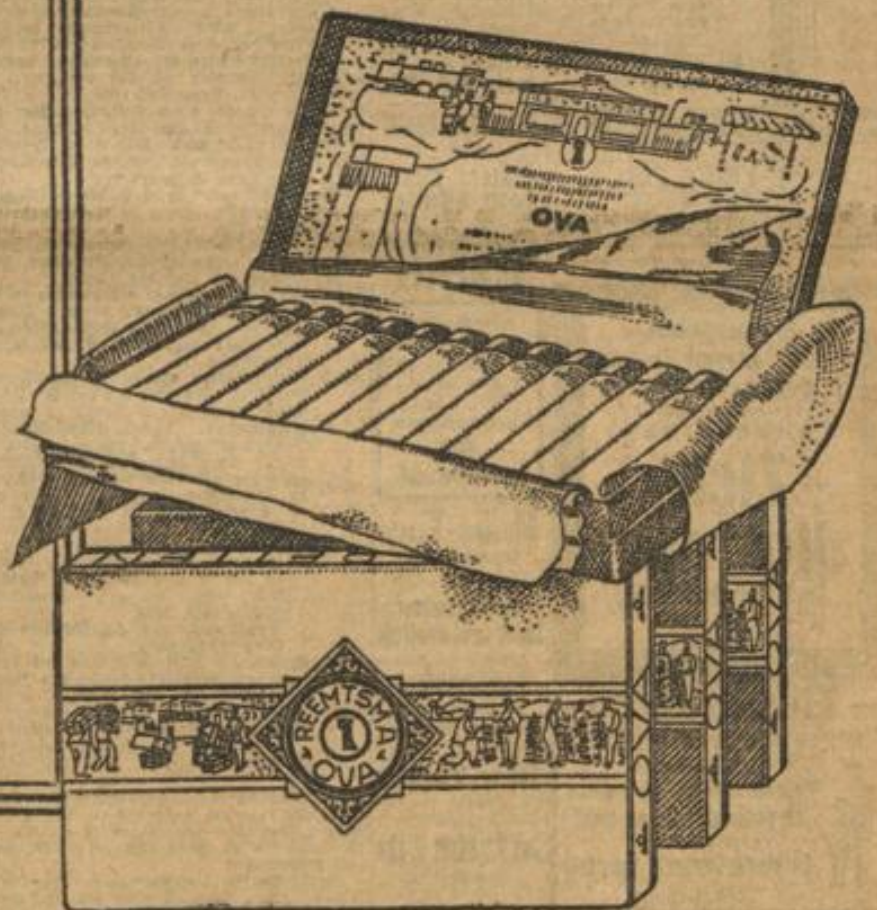
Diese Menschen waren seine Umgebung, die den Stoff, aus dem er gemacht war, zu etwas noch Grimmigerem formten, als wozu die Natur ihn bestimmt hatte. Wo ein anderes Tier gestorben oder doch gekniet worden wäre, da packte er sich den Umständen an und lebte ungebogen weiter. Allerdings wäre sein teuflischer Quälgeist vielleicht imstande gewesen, auch Wolfsbluts Blut am Ende zu brechen aber vorherhand war davon noch keine Rede. Im Gegenteil rafften Herr und Hund, beide vom Teufel besessen, unaufhörlich gegeneinander. Früher hatte Wolfsblut Ueberlegung genug gehabt, sich vor einem mit einem Prügel bewaffneten Menschen zu ducken, aber das war nun nicht mehr der Fall. Der bloße Anblick Schmitts konnte ihn in Raserei versetzen und wurde er mit dem Stode zurückgeschleudert, so fuhr er dennoch zähnefleischend zu knurren fort. Nie konnte er zum Schweigen gebracht werden, er knurrte, so sehr er auch geschlagen wurde, und wenn Schmitt ihn verließ, so verfolgte ihn stets das trotzigte Geknurr, oder Wolfsblut sprang wütend heulend gegen die Latten des Käfigs. (Fortsetzung folgt.)

**Wir sind das
jüngste Grossunternehmen
der Welt-Cigarettenindustrie!**

Deshalb hatten wir Unternehmungsmut und Kraft, mit veralteten Herstellungsmethoden zu brechen und diese durch viele eigene Erfindungen zu ersetzen. Gleichzeitig führten wir in Deutschland Cigaretten ein, die den höchsten Prozentsatz wertvollster macedonischer Tabake enthalten. Damit gründeten wir eine bisher in Deutschland unbekannte Cigarettenkultur u. gelangten auf diesem Wege zu der qualitativen Rekordleistung der



**REEMTSMA A.-G.
FABRIKEN FÜR HOCHWERTIGE
ORIENTCIGARETTEN**



**REEMTSMA
CIGARETTEN**

5 Pf

O V A

**im
Anaberformat**

Mußten die Preise steigen?

Wieder eine schlecht fundierte Theorie der offiziellen Konjunkturforschung.

Das deutsche Preisniveau hat sich seit Anfang 1927 nicht erheblich erhöht. Die Preissteigerung hat zunächst von dem starken Wirtschaftsaufschwung des Jahres 1927 ihren Antrieb erhalten, ist jedoch, wie die weiter andauernde Steigerung der Großhandelsindexziffer zeigt, trotz eines gewissen Stillstandes des Konjunkturaufstiegs nach weiterhin wachsam. Da nun die Bewegung des deutschen Preisniveaus für den weiteren Verlauf der Konjunktur von größter Bedeutung ist, mußte sich selbstverständlich auch das Institut für Konjunkturforschung bei seinen letzten Vierteljahresbetrachtungen mit dieser Entwicklung auseinandersetzen.

Das Institut für Konjunkturforschung glaubt

nun feststellen zu können, daß die Erhöhung der deutschen Großhandelspreise in der Hauptsache aus der Preisentwicklung der Einfuhrwaren zu erklären ist, die wiederum eine Preissteigerung der aus den eingeführten Rohstoffen hergestellten Fabrikate bewirkten. Der Preisanstieg wird nach dieser Feststellung ganz überwiegend auf die Weltmarktentwicklung zurückgeführt.

In gleicher Weise erklärte bereits das Statistische Reichsamt bei einer Gesamtbetrachtung über „Die Bewegung der Großhandelspreise im Jahre 1927“ („Wirtschaft und Statistik“ 1928, Heft 1), daß die Preissteigerung im Vorjahr stärker von den Einflüssen des Weltmarktes, als von der Konjunkturbewegung bedingt sei.

Dieser Anschauung gegenüber ist zunächst festzustellen, daß das Preisniveau der anderen großen Industrieländer seit Anfang 1927, soweit nicht besondere Einflüsse wie Währungsstabilisierung bestimmend waren, kaum verändert ist.

Der Großhandelsindex in Deutschland, England und U.S.A.

	Deutschland (Stat. Reichsamt) 1913 = 100	England (Board of Trade) 1913 = 100	U.S.A. (Bureau of Labor Statistics) 1926 = 100
Januar 1927 . . .	135,9	144	98,6
April 1928 . . .	139,5	143	98
Mai 1928 . . .	141,2	—	—

Dennoch ist seit Anfang 1927 bis April 1928 in Amerika und England eine geringfügige Senkung des Preisniveaus um 0,7 Proz., dagegen in Deutschland bis Mai 1928 eine Erhöhung um fast 4 Proz. eingetreten. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß in den beiden angelsächsischen Ländern für Industriewaren die Preisbewegung noch viel stärker rückläufig war, dagegen die Preise für Agrarprodukte seit ihrem Tiefstand Anfang 1927 erheblich anzogen. Genau entgegengesetzt war die Entwicklung in Deutschland, wie die folgende Gegenüberstellung zeigt:

Deutschland	Agrarstoffe	Industrielle Rohstoffe und Halbwaren	Produktions- mittel	Industrielle Konsumgüter
	Steige- rung	Steige- rung	Steige- rung	Steige- rung
Januar 1927	140,3	128,6	129,3	150,9
Mai 1928 . . .	135,9 - 3,3%	133,3 + 5%	136,4 + 5,1%	175,0 + 16%

Dennoch liegt der Index der Agrarstoffe noch etwa um 3 Proz. unter dem Niveau von Anfang 1927. Trotz der gegenwärtig enorm hohen Preise für Brotgetreide zeigt der Agrarindex infolge der nach relativ niedrigen Viehpreise, die jedoch auch bereits wieder nach oben gerichtet sind, gegenüber Anfang 1927 noch einen kleinen Rückgang, dagegen sind nach dem Großhandelsindex die Preise für industrielle Rohstoffe und Halbwaren sowie für die Produktionsmittel bereits um rund 3 Proz., für industrielle Konsumgüter um mehr als das Dreifache, um 16 Proz., gestiegen.

Vergewaltigte Tatsachen.

Diese in ihrem Ausmaß doch recht erhebliche Preissteigerung speziell der Konsumgüter glaubt nun das Institut für Konjunkturforschung mit der Preisentwicklung der Rohstoffe rechtfertigen zu können. Es teilt die Warenpreise in vorwiegend inlandsbestimmte und auslandsbestimmte ein und stellt für die letzteren die Hauptsteigerung fest. Zu den in ihren Preisen vorwiegend vom Binnenmarkt bestimmten Waren sind wohl — das Institut für Konjunkturforschung hält sich allerdings hierüber in Schwelgen — Kohle, Eisen, Baustoffe, Papier u. a. zu rechnen, zu den vorwiegend wohnmarktbestimmten die Rohstoffe wie Baumwolle, Wolle, Häute, Leder, Gummi, Metalle und die aus ihnen perfectierten Industriewaren. Nun haben sich zunächst durchaus nicht alle Industriestoffe, die Deutschland ausschließlich oder vorwiegend importieren muß, seit 1927 verteuert. Die Preise der Nichtstammellöhne haben sich vielmehr überwiegend gesenkt. Rauschgift ist im Preise um fast die Hälfte zurückgegangen; dagegen zeigen die Textilrohstoffe allerdings eine nicht unerhebliche Erhöhung. Der Preis für Wolle hat sich um etwa 10 Proz., der Baumwollpreis seit Anfang 1927 wieder um mehr als ein Drittel, der Preis für Flach in noch stärkerem Ausmaß erhöht. Ebenso haben die Hautpreise erheblich angezogen.

Betrachtet man nun die Preisentwicklung der von diesen letztgenannten Rohstoffen abhängigen Konsumwaren über eine längere Periode, so ergibt sich folgendes Bild:

Der starke Rückgang der Textilrohstoffpreise von Anfang 1925 bis Ende 1926 (der Großhandelsindex für Textilien senkte sich in dieser Periode von 213 auf 138,5) hat sich seinerzeit in der Preisstellung der Textilien nur ganz geringfügig ausgewirkt. Während die Textilrohstoffpreise nach dem Anstieg in den Jahren 1925/26 um 35 Proz., also um mehr als ein Drittel, zurückgingen, senkten sich die Preise für Textilfertigerwaren nur um etwa ein Zehntel. Dagegen führte die Preissteigerung der Rohstoffe seit Anfang 1927 zu Preissteigerungen fast im gleichen Maße auch für Textilwaren (Steigerung des Rohstoffindex für Tex-

tilen 19 Proz., Steigerung des Index für Textilfertigerwaren 15 Proz.). Eine ganz ähnliche Bewegung läßt sich für die Preisentwicklung von Häuten, Leder und Schuhzeug feststellen. Da die Preise der Bekleidungswaren in den Jahren 1925 und 1926 auch noch nicht annähernd den gesunkenen Preisniveau der Rohstoffe angepaßt waren, war die Preissteigerung bei erhöhten Rohstoffpreisen durchaus nicht zwangsläufig. Das zeigt auch die amerikanische Preisentwicklung. Der Preisindex für Textilwaren hat sich in Amerika, dessen Industrie doch den gleichen Schwankungen der Rohstoffpreise unterworfen war, seit 1927 nur um etwa 2½ Proz. erhöht, in Deutschland dagegen um 16 Proz.

Wirkliche Ursachen und mögliche Heilmittel.

Doch aber der starke Preisanstieg der letzten Zeit in hohem Maße von innerwirtschaftlichen, konjunkturellen Einflüssen herkommt, ergibt sich daraus, daß Konsumgüter, die gar nicht oder nur in geringfügigem Maße von ausländischen Rohstoffen abhängig sind, wie Kleinfertigwaren, Glas-, Porzellanwaren, Möbel, Uhren usw., deren inländisches Rohmaterial kaum eine nennenswerte Preiserhöhung erfahren hat (die Steigerung der Rohstoffe und Eisenpreise kommt bei den Fertigwaren im Aprilindex wohl noch nicht zum Ausdruck), seit 1927 nicht unerheblich verteuert wurden. Die Preissteigerungen bewegen sich für diese Industriemeren zwischen 7 und 15 Proz.

Die starke Ausweitung des Inlandsabzuges und die Rationalisierungsmaßnahmen haben in allen Gewerbezweigen eine Verteilung der Selbstkosten eintreten lassen, die in Verbindung mit der Steigerung des Arbeitssuffizienten die Verbesserung der Löhne zumeist ausgeglichen haben dürften. Trotzdem sind auf der ganzen Linie Preissteigerungen vorgenommen worden, deren Ausmaß jedenfalls weit über die eingetretene Steigerung der Produktionskosten hinausgeht. Von der willkürlichen Preispolitik der Großindustrien angeleitet, haben auch die Konsumgüterindustrien mit der Beförderung des Absatzes erhebliche Preissteigerungen vorgenommen. Die Methode der Selbstfinanzierung des infolge Produktionsvermehrung gestiegenen Kapitalbedarfs durch Preissteigerungen hat offenbar allenthalben Schule gemacht. Diese Preispolitik ist in Deutschland durch die unzureichende Kartellkontrolle und den relativ hohen Zollschutz der Industrien begünstigt.

Es wird im Vierteljahrsbericht des Instituts für Konjunkturforschung darauf hingewiesen, daß in Zukunft mit einer so starken Steigerung der Einkommen wie im Vorjahr nicht mehr zu rechnen ist, daß daher die anhaltende Preissteigerung zwangsläufig zu einer Verringerung des mengenmäßigen Abzuges führen müßte. Es scheint aber durchaus noch die Möglichkeit gegeben, die übersteigerten Preissteigerungen zu korrigieren und damit gefährlichen Abschlagskriegen vorzubeugen. Sollten die industriellen Wirtschaftskreise hierzu nicht den Mut finden, so muß es Aufgabe der staatlichen Wirtschaftspolitik sein, hier einzugreifen.

Bernünftige Braunkohlewirtschaft!

Der Vertrag des Ostelbischen Braunkohlenyndikats.

Am Mittwoch liegt der Syndikatsvertrag des Ostelbischen Braunkohlenyndikats dem Großen Ausschuss des Reichstages zur Genehmigung vor. Gegen den Vertrag in der vorliegenden Form bestehen schwere Bedenken, die sich vor allem auf die vorgesehene Verteilung der Kohlen- und Breiterezeugung an den Wertschöpfungs- und den freien Handel, zu dem auch die Gewerkschaften rechnen, beziehen.

Die sogenannten Werks-Handelsfirmen sollen nämlich von vornherein eine weit über ihr bisheriges Maß hinausgehende Zuteilung erhalten. Dadurch wird erreicht, daß die Werksbesitzer zwar nicht in ihrer Eigenschaft, wohl aber in ihrer Eigenschaft als Händler einen Sondergewinn machen, und weiter wird dadurch erreicht, daß dieselben Personen in ihrer Eigenschaft als Werksbesitzer über ungenügende Erlöse klagen und damit Preissteigerungswünsche unberechtigt begründen können. Auf der anderen Seite wird die zweckmäßigste Verteilung der Verbraucher ohne Zwischenglieder beschränkt.

Wir halten es für die Pflicht des Reichstages, diesen Vertragbestimmungen die Genehmigung zu verweigern. Sollte aber der Reichstagsrat, in dem ja leider die Bergwerksbesitzer mit dem Handel und den sogenannten „Verbrauchern“ die Mehrheit besitzen, trotz der erhobenen Einwände die Genehmigung aussprechen, so müßte vom Reichswirtschaftsminister verlangt werden, daß er seinerseits gegen diesen Beschluß sein Veto recht geltend macht.

Aufsichtsräte sind Arbeitnehmer.

Ein Urteil des Preussischen Oberverwaltungsgerichts.

Den Aufsichtsräten ist Heil widerfahren. Das Preussische Oberverwaltungsgericht hatte die Streitfrage zu entscheiden, ob die Lantienen des Aufsichtsrates einer Aktiengesellschaft bei der Berechnung der Lohnsummensteuer von der Lohnsumme abzuziehen oder einzurechnen sind. Die Gewerbesteuerordnung von 1925 bezeichnet als Arbeitnehmer alle Personen, die im Betrieb für Sachwerte Gegenleistungen dauernd oder vorübergehend beschäftigt worden sind, ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens. Die Lohnsummensteuer zahlenden Aktiengesellschaften vertreten aber den Standpunkt, daß Aufsichtsratsmitglieder nur eine überwachende Tätigkeit ausüben, ihre sonstige Selbstständigkeit nicht eingekürzt hätten, und nicht als Arbeitnehmer anzusehen seien. Mit dieser Begründung wollen sie die Einrechnung der Aufsichtsratslöhne, die immer eine hübsche Summe ausmachen, in die Berechnung der Lohnsummensteuer verhindern. Das Preussische

Oberverwaltungsgericht hat nun entschieden, daß diese Auffassung vom Begriff des Arbeitnehmers zu eng sei. Auch die Aufsichtsratsmitglieder seien im Sinne des Gesetzes als Arbeitnehmer zu betrachten.

Wir glauben nicht, daß die deutschen Aufsichtsräte, soweit sie Lantienen erhalten — die Betriebsräte im Aufsichtsrat erhalten keine —, durch diese „Erhebung“ in den Stand der schaffenden Klasse sich sehr glücklich fühlen. Wir glauben auch nicht, daß die Vorstände und Generalverwaltungen der Aktiengesellschaften daraufhin, um Lohnsummensteuern zu sparen, ihren Aufsichtsräten weniger zahlen werden. Wir freuen uns aber auf den Moment, wo die Aufsichtsräte als Arbeitnehmer sich zu einer Gewerkschaft der Aufsichtsräte zusammenschließen werden, um durch einen Klassenkampf der Aufsichtsräte ihre Interessen zu verteidigen!

Preußen für Wohnungsbau.

Wie der Amliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der Preussische Staat seine Stammeinlage bei der Preussischen Landesbrandversicherung um 7 Millionen Mark erhöht. Das Grundkapital der Anstalt beträgt nunmehr 24 054 000 Mark, wovon die Stammeinlage des Preussischen Staates 24,1 Millionen Mark beträgt. Die Preussische Staatsregierung verstärkt damit ihre aktive Wohnungsbaupolitik sehr erheblich. Die Preussische Landesbrandversicherung baut fast ausschließlich für kleine Leute.

Schuhkrise auch in Berlin.

Aber bei Conrad Tod steigen Umsätze und Dividenden.

In dem gleichen Tage, an dem die Berliner Organisation des Schuhmacherverbandes Mitteilungen über die trübende Zukunft der Lage in den Berliner Schuhbetrieben macht — seit dem 1. April ist mehr als 1000 Arbeitern gekündigt worden —, veröffentlicht die Conrad Tod u. Co. A. G. ihren Abschluß für 1927.

Die Werte dieses Großunternehmens, die eine wöchentliche Produktion von mehr als 20 000 Paar Schuhen haben, sind von den Abschätzungen der Schuhindustrie bisher noch nicht berührt worden. Die seit der Stabilisierung ununterbrochene Steigerung der Umsätze wurde im Jahre 1927 fortgesetzt, in dem sich der Umsatz gegen 1924 weit mehr als verdoppelt hat. Wie die Verwaltung mitteilt, hat die Aufwärtsbewegung sich in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres fortgesetzt. Entsprechend der erhöhten Erzeugung wuchsen auch die Gewinne. Seit 1925 steigt die Dividende von 5 auf 6 Proz. und im letzten Jahr auf 7 Proz. In den hohen Zugängen auf die Zulagen von fast 400 000 Mark kommt die weiterhin durchgeführte Rationalisierung zum Ausdruck. Sämtliche Kosten für die Reinvestitionen wurden „über Betrieb“ aus laufenden Gewinnen bezahlt. Allerdings sind die Verpflichtungen mit 7 Mill. Mark sehr hoch, da ihnen nur Vorleistungen von 1,6 Mill. Mark entgegenstehen. Aber die stark aufgewickelten Lager in den Werken und Verkaufsstellen, deren Bestände sich von 7,5 auf 9,6 Mill. Mark erhöhten, lassen die Gründe für die gespannte Bilanzlage erkennen.

Daß Conrad Tod im Gegenlag zu vielen anderen Schuhfabriken bisher von der Abschichtung noch nicht betroffen wurde, liegt wohl in der Hauptsache daran, daß die Gesellschaft in erster Linie Rollenwaren und weniger Luxusartikel herstellt. Die Luxusfabriken waren die ersten, die mit der Erhöhung der Preise einlegten, wodurch sie gegen die mächtigste industrielle Konkurrenz noch weniger auffauchen konnten, als bisher. Außerdem hat sich bei Conrad der Ausbau der Verkaufsorganisation unter Ausnutzung des Zwischenhandels für das Unternehmen günstig ausgewirkt.

Gewinne verdecken Kl. eine Kunst. Die deutsche Elektroindustrie hat schon seit Jahren, unbekümmert um die allgemeine Konjunktur, Klagen geäußert. Die 5500 Arbeiter und Angestellten der schätzungsweise 120 Millionen Mark umfassende A.G. Berlin, die dem AEG-Konzern sehr nahe steht, hat auch für 1927 auf ihr Aktienkapital von 20 Millionen Mark wieder über 8 Prozent Dividende verteilen können. Nach dem Muster des Herrn v. Siemens, der sich nach seinem eigenen Geständnis alljährlich den Kopf zerbricht, wie er die Gewinne seines Konzerns verdecken soll, hat auch diese Berliner Aktiengesellschaft beschlossen. Sie hat ihre Verhältnisse um eine halbe Million abgeschrieben, ihre Vorkonten ganz außerordentlich niedrig eingestellt, hat den 75jährigen Geburtstag eines Vorstandesmitgliedens zu einer Stiftung von 100 000 Mark aus den Jahresgewinnen benutzt, und bringt es dann schließlich so weit, daß sie nur 2,18 Millionen gegen 1,09 Millionen im Jahre 1926 als Reingewinn ausweist. Damit kann die Dividende dieselbe bleiben wie im Vorjahr und für die Öffentlichkeit steht es so aus, als ob man bei der glänzenden Konjunktur eigentlich weniger verdienen hätte als bei der schlechten. Die Weltanschauung zählt hoffentlich nicht zu den Dummheiten, die man mit solchen Methoden fangen kann.

Die übertriebene Not der Landwirtschaft. Der Landwirtschaft muß es immer noch besser gehen, als man allgemein anzunehmen geneigt ist. Ein Anhaltspunkt dafür ist die vom Deutschen Landwirtschaftsrat gemeinsam mit den Landwirtschaftskammern jetzt wieder für den 15. Mai veröffentlichte Monatsstatistik über jene Erntebestände, die sich noch zum 15. Mai in den Händen der Landwirte befinden. So standen im Reichsdurchschnitt von der Gesamternte den Landwirten am 15. Mai gegenüber dem Vorjahre noch zur Verfügung: Winterweizen 9,8 gegen 5,0 Prozent, Sommerweizen 17,6 gegen 8,1 Prozent, Winterroggen 3,8 gegen 3,0 Prozent. Wenn der Verkaufsdurchschnitt in der deutschen Landwirtschaft allgemein so hoch wäre, wie ihn die Gläubiger der deutschnationalen Reichslandkreditbank wahr haben möchten, so könnte man im Durchschnitt doppelt so hohen verkaufsfreien Erntebeständen in den Händen der Landwirte niemals die Rede sein.

Wieder eine Bankpleite, die kleine Leute trifft. Vor kurzem erst hat die Mannheimer Beamtenbank durch ihren Zusammenbruch eine Anzahl habsüchtiger Beamtenpaare um einen großen Teil ihrer Ersparnisse gebracht. Jetzt wird ein neuer Fall aus Leipzig bekannt. Der 1921 gegründete Leipziger Bankverein, dessen Landwirtschaft hauptsächlich aus Handwerken und kleinen Geschäften zusammensteht, hat jetzt seine Zahlungen einstellen müssen, da er durch misslungene Terrain Spekulationen schwere Verluste erlitten hat. Unter den gefundenen Passiven von 1,8 Millionen Mark befinden sich fast eine Million Spar-

**Zür
Obstzeit**

darf „Maizena“ nie in der Küche fehlen, denn es ist das beste und nahrhafteste Maisprodukt zur Herstellung der leichtverdaulichen und schmackhaften Obst-Flammeris, -Grützen und -Suppen.

Mwizma
wird in 2-3 Minuten im Magen verzuckert, deshalb ist es so leicht verdaulich.

Der Kampf in der Rheinschiffahrt.

Was will man im Reichsarbeitsministerium?

Genf, 12. Juni. (Eigenbericht.)

Der Reichsarbeitsminister hat zur Beilegung des Lohnkonflikts in der Rheinschiffahrt die Parteien zu weiteren Verhandlungen geladen, die am Donnerstag vormittag 10 Uhr im Reichsarbeitsministerium beginnen. Es handelt sich dabei zweifellos um Vorverhandlungen für eine eventuelle Verbindlichkeitsklärung. Vor diesen Verhandlungen finden besondere Besprechungen mit den außerhalb der drei Arbeitgeberverbände stehenden Unternehmern der Rheinschiffahrt zwecks Einigung in der Lohnfrage statt.

Ist das Reichsarbeitsministerium sich darüber im Klaren, daß eine Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches, der von dem Rheinschiffahrtspersonal einmütig abgelehnt worden ist, für die Arbeiter unerträglich ist?

Internationale Arbeitskonferenz.

Das Schlußwort von Albert Thomas.

Die Dienstagsitzung der Internationalen Arbeitskonferenz brachte den Abschluß der allgemeinen Aussprache über den Bericht des Direktors und am Nachmittag die Entgegennahme von Kommissionsberichten. Thomas versprach nochmals, an die Staaten, die überhaupt noch keine der 25 Konventionen ratifiziert hätten, heranzutreten und richtete an die englische Regierung die Mahnung, die Unklarheit, die ihr Verlangen nach Revision erzeugt habe, durch präzise Angaben zu beenden. Sowohl die Arbeitergruppen wie die Mehrheit der Regierung betrachte die Erklärungen des englischen Regierungsvertreters als nicht genügend. Das Mißtrauen der Arbeiter, daß ein Angriff gegen den Achtstundentag geplant sei, bestehe weiter, da die englische Erklärung nichts darüber sage, bis zu welchem Punkte eine eventuelle Veränderung gehen solle.

Das hoffnungsvolle Schlußwort von Thomas erhielt in der Diskussion über den Bericht der Kommission zur Nachprüfung der Durchsetzung der ratifizierten Konventionen kaum eine Bestätigung. Der Kommissionsberichterstatter mußte zugestehen, daß die Kommission nur in der Lage sei, nachzuprüfen, wie weit ein Staat, der eine Konvention ratifiziert hat, die entsprechenden gesetzlichen Maßnahmen zu ihrer Durchführung erlassen hat. Er stellte außerdem fest, daß das bei vielen Konventionen nicht der Fall sei. Viele Staaten betrachteten die Ratifikation einer Konvention nur als eine schöne Geste gegenüber dem Internationalen Arbeitsamt, die für die Arbeiterschaft in ihrem Lande ohne Auswirkung bleibe.

Der holländische Arbeiter wußte an Hand zahlreicher Beispiele zu beweisen, daß in vielen Ländern nicht nur die nötigen nationalen gesetzgeberischen Maßnahmen zur Durchführung einer Konvention nicht getroffen seien, sondern selbst wenn das geschähe, diese gesetzlichen Anordnungen vielfach auf dem Papier stehen. Der Arbeiterantrag, jährliche Berichte nicht nur von den Ländern einzufordern, die Konventionen ratifiziert hätten, sondern allgemeine Berichte über die soziale Gesetzgebung und soziale Lage zu verlangen, war in der Kommission als über ihre Kompetenz hinausgehend abgelehnt worden.

Auf der internationalen Arbeitskonferenz führte der indische Arbeitervertreter Chaman Lal Beschwerde über die traurige Lage des indischen Arbeiters, der gegenüber der Regierung vollkommen indifferent bleibe, während die Unternehmer versuchten, möglichst hohe Profite herauszuschlagen. Demgegenüber stellte der indische Regierungsvertreter Chatterjee fest, daß Indien große soziale Fortschritte gemacht habe und das Achtstundentagabkommen in der inoffiziellen Form zur Anwendung bringe.

Offenbar sind diese sozialen Fortschritte noch viel zu gering, um die Klagen der indischen Arbeiter aus der Welt zu schaffen.

Kuba ratifiziert.

Der kubanische Regierungsvertreter teilte auf der Arbeitskonferenz mit, daß sein Parlament in diesen Tagen acht internationale Arbeitskonventionen ratifiziert habe. Darunter befindet sich auch das Achtstundentagabkommen.

Verhandlungen im Bauschlossersstreik.

Die Unternehmer der Berliner Bau- und Gelbschlosserei haben den Schiedspruch, der ab 1. Juni eine Erhöhung der Spitzlohne um 7 Pf. und ab 1. September eine weitere um 3 Pf. vorsieht, den Manteltarif aber unverändert um ein Jahr verlängert, angenommen und beim Schlichter seine Verbindlichkeitsklärung beantragt.

Dieser Schiedspruch ist bekanntlich von den Bau- und Gelbschlossern in gebieterischer Abstimmung mit erdrückender Mehrheit abgelehnt und mit einem Teilstreik von etwa 1000 Bauschlossern beantwortet worden.

Der Schlichter hat, dem Antrag der Unternehmer entsprechend, die Parteien zu heute, Mittwoch, vormittag zu Verhandlungen geladen. Ob es in diesen Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes kommt, wird davon abhängen, ob die Unternehmer zu weitergehenden Zugeständnissen bereit sein werden, als es im Schiedspruch bestimmt war.

Die Schulbuch-Lohngeber-Beziehungs-Kommunikation ist auf der Ernährungsverwaltung in einem sehr eigentümlichen Zustand. Die Ernährungsverwaltung hat in Kürze ein neues Schulbuch herausgegeben. Die Ernährungsverwaltung hat die Bücher nicht nur in der ursprünglichen Form, sondern auch in einer verbesserten Form herausgegeben. Die Ernährungsverwaltung hat die Bücher nicht nur in der ursprünglichen Form, sondern auch in einer verbesserten Form herausgegeben.

Abschluß der Landtagsaussprache.

Der kommunistische Vizepräsident ruft Nationalsozialisten zur Ordnung!

Der Landtag lehnte gestern die Aussprache über die Regierungserklärung ab.

Abg. Kaiser (Komm.) erklärt, die Wahlen hätten durchaus keinen sozialen Charakter und Erfolg gehabt. Die Sozialdemokratie suche ihren sogenannten Wahlerfolg den Arbeitern gegenüber nur umzusetzen. Die angeblich so starke sozialdemokratische Fraktion sei zufrieden mit ihren bisherigen zwei Vertretern in der preussischen Regierung, während sie damit einverstanden sei, daß die Demokraten mit ihren 21 Männern ihre drei Vertreter in der Regierung behalten. Die Sozialdemokraten fürchteten eben, daß sie bei stürzender Vertretung in der Regierung zur Erfüllung ihrer Versprechungen genötigt wären. Von einer Republikanisierung der Beamtenschaft könne die Sozialdemokratie so lange nicht reden, wie auf der anderen Seite der Zentrumsabstand stehe. Der politische Schieber des Zentrums, der die Fäden der Politik des Zentrums auf Anweisung des in Rom stehenden Papstes in Händen halte, sei der Amicus Sacelli (Unruhe und Widerspruch im Zentrum; Präsi. Partels erjucht den Redner, sich in seinen Ausführungen zu maßigen.) Die zehnjährige Koalitionspolitik in Preußen — mit kurzen Unterbrechungen unter Einfluß der Sozialdemokratie — habe das Ergebnis gehabt, daß die wirtschaftliche und soziale Gesamtlage der Arbeiterschaft genau so schlecht sei wie früher. (Beifall bei den Komm.)

Abg. Fall (Dem.) führte u. a. aus: Interessant an den Ausführungen des Abg. Eichhoff war der Wunsch nach einer Homogenität der Regierungen im Reich und Preußen. Man muß aber seine Aufmerksamkeit auch nach Bayern und anderen Ländern lenken, um dort die Politik zu erreichen zu suchen, die in Preußen durchgeführt wurde. (Sehr wohl links.) Redner beschloß sich sehr ausführlich mit dem Ausfall der Wahlen und dem Erstarken der Wirtschaftspartei und billigt im übrigen die Politik des Kabinetts Braun.

Inzwischen hat, zum ersten Male im Preussischen Landtag, ein Kommunist, nämlich der Abg. Schwent-Berlin, das Präsidium übernommen.

Abg. Baeder-Berlin (Dnat.): Wir können die jetzige Regierung als eine verfassungsmäßige oder rechtmäßige nicht betrachten, solange der Landtag sie nicht bestätigt hat. Wir werden uns daher noch wohl überlegen müssen, endlich einmal den Staatsgerichtshof deswegen anzurufen, um die Sachlage zu klären. In den Richtlinien haben wir uns nur verpflichtet, den jetzigen Staat zu schützen gegen Gewalt und Unruhe. Wir werden uns aber niemals aus dem Herzen reißen lassen den Glauben, daß die Monarchie für Deutschland die tatsächlich beste Staatsform ist, noch weniger werden wir uns das Gefühl aus dem Herzen reißen lassen, der Dankbarkeit für das, was die deutschen Fürsten für Deutschland getan haben, noch viel weniger das Gedächtnis dessen, was die großen deutschen Kaiser für Deutschland getan haben. Wir dienen diesem Staat, wie er ist, mindestens ebenbürtig und loyal, wie irgend jemand mit republikanischem Patent in der Tasche. (Sehr richtig! rechts; Lärm links.)

Den Ausschluß der Deutschnationalen von der Regierung weisen wir als eine schwere Kränkung und Schmäbung und auch als eine schwere Schädigung des Staates zurück.

Wir sind heute noch mehr als früher darauf angewiesen, daß alle Kräfte der Nation zusammengefaßt werden. Der Redner wendet

sich dann den Fragen der Kulturpolitik zu. Er erklärt: Mit dem Zentrum stimmen wir darin überein, daß die pädagogischen Akademien auf konfessioneller Grundlage aufgebaut sein sollen. Wir verlangen aber auch für unsere evangelischen Junglehrer und Lehrerinnen Anstalten auf konfessioneller Grundlage. In diesen Fragen muß man wirkliche Parteilichkeit üben.

Der kommunistische Vize greift ein.

Darauf erhält Ministerpräsident Brauns das Wort. Er kann zunächst nicht zu Worte kommen, da Abg. Saake (Natsj.) andauernd ruft: „Nedersfreiheit für Adolf Hitler!“

Vizepräsident Schwent ruft den Abg. Saake schließlich zur Ordnung. Als dieser seine Rufe fortsetzt, erklärt Vizepräsident Schwent: Wenn Sie die Ordnung weiter absichtlich stören, so muß ich zu anderen Mitteln greifen.

Es folgt die Rede des Ministerpräsidenten, die wir an anderer Stelle wiedergeben.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger erörtert die Bewegung der Schweinepreise. Er erklärt, angeichts der erheblichen Mehrerzeugung von Schweinen sei i. Zt. der Vorschlag gemacht worden, einen größeren Teil von Konventionen für die Dauerware vorzubereiten zu lassen. Dieses solle dann im Herbst, wenn die Preise in die Höhe gingen, auf den Markt gebracht werden. Das liege im Interesse der Verbraucher. Der Reichslandbund habe dagegen eine gewaltige Agitation entfaltet. Daher habe der Vorschlag, die Schweine aufzukaufen, keine Gegenüber gefunden. Jetzt sei aber zum erstenmal nach diesem Vorschlag verfahren worden, und sofort seien die Schweinepreise in die Höhe gegangen. Das ist, so betont der Minister, ein großes Glück für die vielen kleinen Leute und Landarbeiter, denn die sind es, die die Schweine halten. Aber nicht nur die Schweinepreise, sondern auch die Butterpreise waren ähnlich so, daß eine Rente nicht mehr möglich war. Auch auf diesem Gebiete ist Besserung geschaffen worden.

Abg. Labandorff (Bp.) wendet sich gegen die Angriffe, die Abg. Fall gegen seine Partei gerichtet hat.

Abg. Keller (Deutsche Fraktion) erklärt, dieser Regierung könnten keine Freunde sein Vertrauen entgegenbringen, weil sie die versprochene Gleichberechtigung nicht gebracht habe, weil die Klassenverteilung ungerecht und in durchaus unheimlichem Sinne vorgenommen werde, weil das Landvolk unerhört belästigt werde und weil gerade Preußen den Bauernstand ruiniert habe. (Widerpruch links. Zustimmung rechts.)

Damit schließt die Aussprache. Die Abstimmungen über die Mißtrauensanträge gegen die Staatsregierung finden am Donnerstag statt; die Flaggen- und Amnestieanträge werden den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 12 Uhr: Einspruch des Abg. Galle gegen seinen Ausschluß von 8 Sitzungen; Staatsvertrag mit Waldeck; Anträge wegen der Stilllegung von Zechen. Schluß nach 17 Uhr.

Konferenz der Schachtvertrauensmänner.

Die UFA-Verbände hatten ihre Schachtvertrauensmänner zu einer gemeinsamen Konferenz nach Essen geladen. Die Konferenz beschäftigte sich mit dem am 1. Juni beim Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedspruch bezüglich der Arbeitszeit und Gehaltsfragen, ferner mit dem Ergebnis der außerordentlichen Angestelltenhauptversammlung der Reichsapparat vom 4. Juni. Folgende Entschliessung wurde angenommen:

„Die am 10. Juni in Essen tagende UFA-Schachtvertrauensmännerkonferenz lehnt den Schiedspruch über das Mehrarbeitsabkommen vom 1. Juni, der wiederum unbezahlte Sonn- und Feiertagsarbeit wie in keinem anderen Bergbauvertrag vorseht und auch hinsichtlich des Mehrarbeitszuschlags vollkommen unzulänglich ist, einmütig ab. Der Gehaltschiedspruch sieht eine Gehaltserhöhung vor, die in ihrer Auswirkung unter den Gehältern gleichgestellter Angestellter anderer Bergbauverträge und auch unter der proportionalen Lohnerhöhung der Bergarbeiter bleibt. Die Organisationsvertreter werden beauftragt, mit den Vertretern der anderen in Betracht kommenden Angestelltenverbände eine gemeinsame Entscheidung über die Antwort an den Schlichter bezüglich des Gehaltschiedspruches herbeizuführen.“

Die griechischen Tabakarbeiter streiken.

Die Regierung ergreift Gewaltmaßnahmen.

Athen, 12. Juni.

Die aus Saloniki gemeldet wird, haben 20 000 Arbeiter der Tabakmanufaktur in Cavalla, Pravis und Iantlis beschloffen, in den Zustand zu treten. Die 40 000 Arbeiter der Manufaktur Saloniki werden sich wahrscheinlich im Laufe des Tages dem Streik anschließen. In Pravis ist es bereits zwischen Streikenden und der Gendarmerie zu Zusammenstößen gekommen, bei denen ein Arbeiter getötet und vier verletzt wurden. In Cavalla wurden zehn Arbeiter verwundet. Etwa 50 Streikführer sind verhaftet worden.

Ausgehobene Sperrten in Treptow. Vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten, Berlin R. 24, Elbasserstraße 86-88 III, wird uns mitgeteilt, daß die Sperrten über die Betriebe Kaiserbadgarten, Inh. Jauernik, Schloss Treptow, Alt Treptow 6, Inh. Wittmann, Deutscher Garten, Alt Treptow 23, Inh. Frau Grünberg, aufgehoben sind. Der Tarifvertrag ist anerkannt, das Personal ist organisiert.

Der Ortsausschuß Berlin des UGB hat zu morgen Donnerstag, abends 7 Uhr, seine Jahres-Vienardieremalung nach dem Gewerkschaftshaus, Engelstraße 24-25, Saal 1, einberufen.

Eine gründliche Niederlage holten sich die Kommunisten bei der Wahl zum Gesamtbetriebsrat der städtischen Betriebe in Dresden. Zur Wahl der Arbeitervertreter waren zwei Kartellgruppen eingezogen, Liste I (SPD.) und Liste II (KPD.). Von 132 gültigen Stimmen erhielt die sozialdemokratische Liste 105 Stimmen, während die Kommunisten nur 27 Stimmen auf sich vereinen konnten. Damit erhielten die Sozialdemokraten 17, die Kommunisten nur 4 Sitze. Die Wahl zum Betriebsausschuß ergab einen völligen Sieg der sozialdemokratischen Vertreter; denn es wurden hier fünf Mitglieder der SPD. gewählt, die KPD. ist darin überhaupt nicht mehr vertreten.

Wahlung, Bergmannsstraße am Donnerstag, 14. Juni, 16 Uhr, bei Frau, Ullricher Straße, Sonnabend, 18. Juni, 16 Uhr, Versammlung der SPD-Arbeiter und -Angestellten. Der Fraktionsverlauf.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Heute, Mittwoch, 14. Juni, 19 Uhr, haben die Gruppen: Baumhakenweg, Gruppenheim Jugendheim Ernststr. 18, Feilerer Abend, — Ullricher, Schwilke, Gruppenheim Eddisches Jugendheim, Poststr. 11 (Pavillongebäude), Fortzug: „Die Geldstrafe“ in der proletarischen Jugendbewegung. — Resten: Gruppenheim Jugendheim, Poststr. 20 (Post), Fortzug: „Der Weltfriede und seine Gefahren für die arbeitende Jugend.“ — Weidenstr. Gruppenheim Weidenstr., Poststr. 26, Glashütten-Kern, — Zentrum: Gruppenheim Jugendheim, Seidenstr. 24, 14. Fortzug: „Unser Jugendprogramm.“ — Kupperplatz, ab 18 Uhr: Weidenstr. und Kupperplatz: Spiel auf der großen Wiese im Schillerpark. Ostkreis: Spiel und Sport auf dem Sportplatz im Friedrichshagen.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Ausgestellten.

Heute, Mittwoch, 14. Juni, 19 Uhr: Orts-Jugendheim der Schule Elbasserstraße 18, Fortzug: „Kupperplatz.“ — Hüttenberg: Jugendheim der Schule, Poststr. 11, Fortzug: „Der Weltfriede.“ — Kupperplatz: Jugendheim, Poststr. 11, Fortzug: „Der Weltfriede.“ — Weidenstr. Gruppenheim Weidenstr., Poststr. 26, Glashütten-Kern, — Zentrum: Gruppenheim Jugendheim, Seidenstr. 24, 14. Fortzug: „Unser Jugendprogramm.“ — Kupperplatz, ab 18 Uhr: Weidenstr. und Kupperplatz: Spiel auf der großen Wiese im Schillerpark. Ostkreis: Spiel und Sport auf dem Sportplatz im Friedrichshagen.

STAATL. FACHINGEN
Blut-auffrischend, reinigt die Organe

Fachinger Versandstelle, Berlin SW 11, Schönberger Str. 10a, Tel. Lützow 8260 61

Guter, reiner Brasil-Kaffee kostet etwa RM. 3,20 das Pfund. Sollten Sie bei Ihrem Händler zufällig reinen Brasil-Kaffee nicht erhalten können, so weist die Heibaudi, Am Karlsbad 12, (Kurfürst 3229), die Einkaufs-Beratungsstelle der Zentrale der Hausfrauen-Vereine Groß-Berlin, auf Wunsch unentgeltlich Bezugsquellen nach.

Brasil-Kaffee

das ist der richtige!

Zwar billig, aber wirklich gut!

Löbe als Arzt.

Von Dr. Julius Moses, M. d. R.

Es gibt Parlamentarier, die von einer seltsamen, noch wenig erforschten Krankheit befallen sind! Dieses epidemieartig auftretende Leiden wird erst seit ungefähr vier Jahren und nur bei antiparlamentarischen Parlamentariern beobachtet.

Symptome: Die Kranken erfreuen sich bis gegen 2 Uhr nachmittags, dem gewöhnlichen Zeitpunkt des Zusammentritts des Reichstags, des besten Wohlbefindens. Sie widmen sich mit offenem Appetit dem Mittagessen in der Reichstagsrestaurant, ihr Schaben dort ist durchaus vernünftig und normal. Erst nach dem Eintritt in den Sitzungssaal machen sich die ersten Anzeichen dieses Leidens bemerkbar. Die Kranken werden schillig aufgeregter, bräunen schwer zu atmen, rösten die Augen, gestikulieren mit den Händen, kammeln sich in Gruppen, stoßen in immer schnellerem Tempo unartikulierte Rufe aus. Gewöhnlich sind es zuerst nur immer zwei bis drei Kranke, deren Aufregung aber die anderen ansteckt. In wenigen Minuten kommt die Krankheit zum vollen Ausbruch: Lärmen, Schreien, Hühelstampfen, Ansturm gegen die Rednertribüne. Schließlich stürzen sich die Kranken auf ihre Redner, verfehen ihnen Vorhiebe auf die Nase, den Rogen und den Bauch, werfen mit Spundnäpfen u. a. m. Glücklicherweise dauert der Höhepunkt der Krise nicht lange. Sobald die notwendigen ärztlichen Hilfsmittel zur Stelle sind, legt sich der Anfall sehr schnell. Dauernde gesundheitliche Schäden wurden bei den Kranken bisher nicht beobachtet. Sie suchen rasch wieder die Restauration auf, wobei es sich zeigt, daß ihr Appetit nicht im geringsten gelitten hat.

Diagnose: Bemerkenswert ist zunächst, daß das geschilderte Leiden gewöhnlich auf der äußersten linken und rechten Seite des Hauses austritt, dort, wo die Kommunisten und die Rechtsradikalen ihre Plätze haben. Es ist ferner der merkwürdige Umstand festzustellen, daß die schlimmsten Ausdrücke der Krankheit an jenen Tagen erfolgen, an denen nicht der ordnungsgemäß bestellte Präsident, sondern ein älterer Herr vorübergehend den Vorsitz führt, der mit der Therapie des Leidens nicht völlig vertraut ist. Am vergangenen Freitag konnte man diese seltsame Erfahrung im Landtag machen. Man darf wohl mit an Gewißheit grenzender Wahrscheinlichkeit voraussagen, daß auch bei der Reichstagsöffnung die kommunistischen und rechtsradikalen Kranken unter neuen schweren Anfällen zu leiden haben werden, da ihr bewährter Arzt, Herr Löbe, noch nicht zur Stelle sein wird.

Die Krankheit führt den Namen „*furor antiparlamentaricus*“. Es handelt sich, nach den neuesten Ergebnissen der medizinischen Wissenschaft, um eine besonders schwere Art von Massenpsychose. Die Kranken verlegen sich auf Kommando in eine künstliche Aufregung, die im Verlaufe so gesteigert wird, daß sie einer natürlichen auf Haar ähnelt. Schließlich haben sich die Kranken in ihre Rolle hineingefunden, daß sie an ihre Erregung selber glauben. Eine ähnliche Erscheinung findet man nur noch bei den indischen Galiren, die sich gleichfalls nach Belieben aus ihrem normalen geistigen Zustand in wüste Ekstasen hineinzuwerfen vermögen. Man nimmt an, daß die „*furor antiparlamentaricus*“ Erkrankten möglicherweise unbewußt auch das bekannte Rezept Coués verwenden: „Ich will mich aufregen, ich will mich aufregen — ich bin schon aufgeregter.“ Seltsam ist auch das Schaben der Kranken gegenüber ärztlicher Hilfe. Wenn z. B. ein Kommunist bei einer Prügelei im Reichstag einige Schläge erlitten hatte, weist er den Beistand eines sozialdemokratischen Arztes mit aller Entschiedenheit zurück und läßt seine Wunden nur von einem deutschen nationalen Arzt verbinden. Ob kommunistische Wunden unter deutschnationalen Pflaster besser heilen, konnte bisher leider nicht festgestellt werden.

Therapie: Die Bekämpfung des Leidens ist nicht jedermanns Sache. Spezialist auf diesem Gebiet ist Reichstagspräsident Paul Löbe. So oft Löbe präsidiert, ist der Ausbruch der Krankheit vermieden oder doch wenigstens auf ein Minimum beschränkt worden. Wenn dagegen beispielsweise der deutschnationale Vizepräsident Graef den Vorsitz führte, kehrten die krisenhaften Zustände in verstärktem Ausmaße wieder. Die Behandlungsmethode Löbes ist eigentlich sehr einfach: Er versteht es ausgezeichnet, sich in die Psyche der Kranken hineinzuverfehen. Sein göttlicher Humor, seine heitere Gelassenheit und seine überlegene Ruhe bringt die Kranken rasch und leuts Hebevoll zur Besinnung. Erfahrungstatsache ist, daß die Teilnehmer nur dann an den äußersten Krämpfen leiden, wenn ein Präsident raslos ihrem Toben zusieht. Löbes Humor, gepaart mit einer Tots Energie, verhindert immer rechtzeitig solche gefährlichen Eskalationen.

Man kann richtig sagen: Würde ein anderer als Löbe den Vorsitz im Reichstag führen, so würden manche das Parlament als eine Zwickelfelle von Dicksdorf ansehen. Ihm allein ist es zu verdanken, daß auch die ärgsten kommunistischen und nationalistischen Kranken immer noch Gelegenheit zu einer baldigen und heilsamen Beruhigung finden. Leider hat Löbe bisher für seine ärztlichen Verdienste um den Ausbau der parlamentarischen Psychotherapie und die Bekämpfung des epidemischen „*furor antiparlamentaricus*“ noch keine Anerkennung durch die Schulmedizin gefunden. Bekanntlich hat die Königsberger medizinische Fakultät seinerzeit den General Lubendorff zu ihrem Ehrendoktor wegen seiner Verdienste um die medizinische Wissenschaft während des Krieges ernannt. Wann wird sich eine medizinische Fakultät finden, die den Arzt Löbe wegen seiner Verdienste um die schnelle Behebung der „*furor antiparlamentaricus*“ Leidenden zum Ehrendoktor der Medizin ernannt?

Eine deutsche medizinische Expedition nach dem sibirischen Kuznetsk. Unter Mitwirkung des russischen Volkskommissariats für Gesundheitswesen rüstet die Vorkommenschaft der Deutschen Wissenschaft eine Expedition aus, an der einige hervorragende deutsche Ärzte teilnehmen. Als Arbeitsort ist zunächst der Ort Kuznetsk in der Nähe des Baikalsees ausgewählt worden, der über ein größeres Krankenhaus verfügt. Die Hauptaufgabe besteht im Studium der Enzephalitis. In Europa hat sich der Verlauf dieser Krankheit durch ärztliche Behandlung und Gewinnung der sogenannten Zirkulationsfaktoren verändert. Es ist daher nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch für die Behandlung von größter Wichtigkeit, an einem möglichst großen, noch unbeeinträchtigten und in primitiven Verhältnissen lebenden Krankenmaterial, wie es sich in Transbaikalien findet, die Krankheitserscheinungen unter Zuhilfenahme aller modernen Methoden zu studieren und mit den vorliegenden Beobachtungen in Europa zu vergleichen.

Retter im ewigen Eis.

Nach vierzehntägiger Ungemlichkeit scheint sich das Dunkel um das Schicksal Robies und seiner Begleiter endlich lichten zu wollen. Man darf eine Rettung immerhin als möglich ansehen, und die Hoffnung ist erlaubt, daß es durch geeignete Maßnahmen gelingen wird, den der Eismüste hilflos preisgegebenen Männern in kürzester Frist Lebensmittel und andere notwendige Hilfe zukommen zu lassen. Nun wird es Zeit für Rettungs Expeditionen, wie sie in der Geschichte der Entdeckungen fast untrennbar zu jeder Reise gehören, die hinauf in Nacht und Eis der Arktis fährt. Diese letzte Expedition zum Nordpol hatte wenigstens die günstige Chance für sich, die ihr drohtlose Verurteilung bot. So konnte sie sich der fernen Außenwelt verständlich machen, ihre Position aufs Genauste angeben und den Rettern wenigstens in dieser Beziehung die Mühsal des Suchens ersparen. Um wieviel schlimmer waren die früheren Expeditionen daran, die zu Schiff in die Welt des Eises hineinglitten, die monatelang, ja, jahrelang verschollen blieben, bis sich abermals Schiffe auf den Weg machten, um die Unendlichkeit der Arktis nach den Vermissten abzusuchen! Ein Unternehmen dieser Art, das die Welt jahrelang in Spannung hielt, war die Fahrt der Franklin-Expedition mit „*Erabus*“ und „*Terror*“. Im Mai 1845 stachen diese beiden Schiffe, an deren Bord sich 134 Mann befanden, mit dem Auftrag in See, durch den Lancasterfund und die Barrowstraße nach der Beringsstraße zu fahren und die nordwestliche Durchfahrt zu erreichen. Zuletzt wurden die beiden Schiffe im Lancasterfund von einem Walzfischfänger gesehen, der von Franklin beauftragt wurde, Grüße nach England weiterzugeben; dann umringt das große Schweigen die Seefahrer. Ein Jahr darauf begann man lebhaft Sorge um das Schicksal des „*Erabus*“ und „*Terror*“ zu empfinden; die Hudsonbay-Gesellschaft schickte den Dr. Rae auf die Suche nach Franklin, aber dessen Expedition mußte sich vor dem andbrechenden Winter zurückziehen.

Nun schrieb die Regierung Belohnungen für die Walzfischfänger aus, die etwa den Lancasterfund durchforschen wollten, aber wiederum verging ein Jahr, ohne daß man von der Franklin-Expedition etwas gehört oder gesehen hätte. Nun wurde die Unruhe allgemein, die Regierung ergriff Maßnahmen, und das umfassendste Rettungswerk wurde in Angriff genommen, das jemals an eine Forschungs Expedition gemeldet wurde. Jahrelang wurden die gewaltigsten Anstrengungen gemacht, über 40 Expeditionen suchten die ganze Nordküste von Amerika und die Insel- und Seereste des hohen Nordens ab. Die Schiffe wurden mit größter Sorgfalt ausgerüstet, die zerstörende Kraft des Pulvers gegen das Eis angelehrt, kleine Ballons mit Luftschiffen übers Eis gesandt, Füchse gefangen, denen man Zettel mit Nachrichten umband, Flaschen und Hülsen mit Briefen über das ganze Eismeer ausgekreut. Die besten Polarforscher, die es damals gab, setzten sich für das Rettungswerk ein, und das Menschenmögliche ward getan, um den Leuten Franklins Hilfe zu bringen. England und Amerika brachten namhafte Summen auf, Preisgelder steuerten bei; die englische Regierung setzte 20.000 Pfund aus, die dem Retter der Franklin-Expedition ausgezahlt werden sollten, und 10.000 Pfund für den, der die erste sichere Nachricht über ihr Geschick mit nach Hause brachte. Wie die Suche nach der nordwestlichen und der nordöstlichen Durchfahrt durch Jahrhunderte der Polarforschung die Richtung gewiesen hatte, so zeigte ihr jetzt die Suche nach Franklin den Weg. Über die Schiffe leiteten nacheinander heim, ohne daß eines gute Nachricht mitgebracht hätte. Fünf Jahre waren seit der Ausreise des „*Erabus*“ und „*Terror*“ vergangen, als am Wellingtonkanal ein Zerstörer gefunden wurde, der darauf schließen ließ, daß Franklin mit seinen Leuten auf der Beechey-Insel überwintert haben müsse. Im Jahre 1853 brachte Dr. Rae genauere Kunde. Rae hatte auf der Suche nach Franklin Karten von den Ländern um die Hudsonbay aufzunehmen und war bei dieser Arbeit mit Eskimos zusammengetroffen, die ihm erzählten, daß sie drei Jahre zuvor auf der Südspitze von King Williamsland eine Schaar weißer Männer gesehen hätten, mager und zerlumpte Gestalten, die ein schweres Boot langsam auf einen Schlitten nach Süden geschleppt hätten. Einige Wochen später hatten die Eskimos an derselben Stelle 30 Leichen und auf einer Insel in

der Nähe noch fünf Tote gefunden. Einige Gegenstände, die sie bei ihnen gefunden hatten, zeigten sie dem Dr. Rae, der feststellte, daß sie Franklin und seinen Offizieren gehört hatten.

Zwei Jahre darauf rüsteten Lobo Franklin und einige ihrer Freunde den Dampfer „*Fox*“ mit Mac Clintock aus, um die Suche, die von der englischen Regierung bereits aufgegeben war, fortzusetzen. Mac Clintock traf auf King Williamsland verschiedene Eskimostämme, die die weißen Männer gesehen und später ihre Leichen gefunden hatten. Er selbst ließ auf ein Skelett, an dem nur noch einige Fehen von Kleidern hingen. Der Lobo schien gerade aufs Gesicht gefallen zu sein; es war, wie die Eskimos gesagt hatten: die Tapferen waren, von den Strapazen überwältigt, im Geben gestorben. Ein Offizier der „*Fox*“ fand dann an der Westküste an einem großen Merksstein Leberreste von Jellen, bei Point Victory einen anderen Merksstein und in diesem eine Blechbüchse mit einem Bericht. Das Papier teilte in knappen Angaben den Verlauf der Expedition bis zum Tod Franklins mit, der bereits 1847 gestorben und dem noch neun Offiziere und fünfzehn Mann im Tod gefolgt waren. Es wurden noch weitere Funde gemacht. Obwohl nun an dem traurigen Schicksal der Expedition kein Zweifel mehr bestand, hörte man doch nicht auf, zu forschen und zu suchen, weil man hoffte, die Aufzeichnungen und das Schiffsjournal, die doch irgendwo vorhanden sein mußten, zu finden. Vor nunmehr 50 Jahren machte sich der Amerikaner Schwatta auf den Weg nach King Williamsland. Noch damals, im Jahre 1878, sprachen die Eskimos von den verhungerten weißen Männern, die nach dem Süden gewandert waren. An einer Stelle auf King Williamsland fand der Amerikaner ein offenes Grab mit einem Skelett, um dessen Hinterkopf eine silberne Medaille hing. Es war der Leutnant Irving von der Franklin-Expedition. Die Eskimos erzählten ihm, daß sie eine ganze Anzahl geschriebener Bücher gefunden und ihren Kindern zum Spielen gegeben hätten. Sie behaupteten auch, daß einige von den weißen Männern, wahnsinnig vor Hunger und Entbehrung, ihre Kameraden getötet und gefressen hätten. Das war das Letzte, was man von „*Erabus*“ und „*Terror*“ erfuhr.

Nach manche andere Rettungs Expedition mußte hoch hinauf in den Norden, um Verschollenen Hilfe zu bringen. Im Jahre 1851 war die amerikanische Expedition des Leutnants Greeley in die Smithsund-Länder ausgesandt. Dreimal mußten die Forscher überwintern. Mehrere Mitglieder der Expedition erlagen dem Hunger und der Kälte, die Lage wurde immer verzweifelter; mehrere Schiffe, die die Regierung der Vereinigten Staaten ausgesandt hatte, erreichten ihr Ziel nicht. Erst 1854 ging eine Hilfs Expedition unter Kapitän Schleg ab, der es gelang, einen Kasten mit Aufzeichnungen und Beschreibungen des Winterquartiers von Greeley zu entdecken. Man fand die Leberreste der Expedition, sieben völlig ernährte, dem Tod und dem Wahnsinn nahe Männer neben den Leichen ihrer Kameraden. Mit ungeheurer Spannung verjagte die ganze Welt auch den Verlauf der Polarfahrt der „*Janette*“ unter dem Amerikaner de Long, eine der unglücklichsten Expeditionen, die die Geschichte der arktischen Forschung kennt. Sie war von dem Besitzer des „*New York Herald*“, Gordon Bennett, ausgesandt worden. Im Juli 1879 fuhr sie von San Francisco ab mit dem Auftrag, Nordensüdpol zu suchen, der damals mit der „*Vega*“ unterwegs war. Bis 1881 fehlte jede Nachricht über de Longs Schicksal. Mehrere Rettungs Expeditionen brachten keine Gewißheit. Erst im Herbst 1881 kam die Kunde, daß die „*Janette*“ untergegangen sei. Nach einem Marsch über das Eis ging die Besatzung mit drei Booten in See, um die Mündung des Venusflusses in Sibirien zu erreichen. Die Besatzung des einen Bootes wurde von Tugulien aufgenommen, die anderen unterlagen dem Hunger und den stürmischen Anstrengungen. Erst die Expedition des von Bennett ausgesandten Journalisten Silber brachte völlige Klarheit über das Schicksal der Besatzung. Im Venusdelta fand man de Long mit seinen Begleitern tot auf. Auf Wunsch der amerikanischen Regierung wurden die Leichen nach der Heimat gebracht und dort begraben.

Der Weder.

Von A. Roman, Moskau.

Es soll Leute geben, die aufwachen, wenn sie wollen. Ich kenne sie nicht. Gewiß steckt in ihrem Kopfe eine Weisheit, die zur rechten Zeit losreißt. Aber warum davon viel Ruhmens machen!

Ich schloß wie ein Grabstein, — und wenn mir keiner die Matrage unterm Leibe wegzieht, so lange, bis der Kommunismus die ganze Welt erobert hat.

Als Arbeitstolerant ließ ich, meine Schlafsucht unbedenklich sich austoben. Kürzlich aber erhielt ich die ersehnte Stelle in der Fabrik „*Rotes Rindfleisch*“. Aus Furcht, mich zu verschlafen und so meinen Posten zu verlieren, beschloß ich, einen Weder zu beschaffen.

Der Verkäufer fragte, ob ich einen melodiösen oder einen lauten Weder wünschte. Er führte mir einen vor, der eine heilige Polka ertönen ließ, und einen zweiten, aus dem mit unvergleichlichem Schwung die Klänge der „*Lungen Gorbé*“ drangen. Diesen wählte ich.

Verausichende Traumvision: Ich sehe einen Demonstrationzug durch die geraden breiten Straßen einer märchenhaft schönen Stadt schreiten, wehende rote Fahnen, strahlende Gesichter junger Leute; über allem schweben die mächtigen und zugleich innigen Töne der „*Lungen Gorbé*“! Es verlockt mich, im Traumbild zu verweilen und nicht in die Wirklichkeit zurückzukehren.

In diesem Tage erschien ich erst um die Mittagstunde in der Fabrik.

„Rein,“ erklärte ich dem Verkäufer betrübt, „mein körperliches Ich ist leider nicht so ideal veranlagt wie Ihr Weder. Geben Sie mir ein Ding, das weniger politisch und mehr praktisch ist.“

Nachdem wir eine Reihe von Wedern durchprobiert hatten, entschied ich mich für einen, dessen Größe die Mitte hielt zwischen dem Schnitzer eines Maschinengewehrs und dem Knoll einer Handgranate.

„So,“ dachte ich, „der wird helfen.“

Nie in meinem Leben ist mir ein so unangenehmer Weder vorgekommen. Bei ihm war bestimmt eine Schraube los.

Er begann seine Tätigkeit im Straßenbahnwagen, sobald ich

den Fahrchein gelöst hatte. Die neben mir sitzende Dame schnellte entsetzt in die Höhe, was ein junger Mann dazu brauchte, scheinbar erschrocken auf ihren Kopf zu sinken. Ein Streit zwischen den beiden wäre zweifellos gewesen, weil der Weder alle menschlichen Sinne verabschiedete und brüllte, als wolle er Tote erwecken.

Die Schaffnerin fiel in Ohnmacht. Der Wagenführer kroch unter den Wagen in der Meinung, der Krach rühre von einer gedrohenen Laufe her oder von einem in Brand geratenen Buchstager. Die Fahrgäste wütelten. Ich baigte mich mit dem Weder, widelte ihn in die Zeppe, setzte mich auf ihn. Da glaubten alle, das Geföhln käme aus meinem Bauche. Schließlich wurde ich an die frische Luft befördert. Raum beruhigte meine Füße den Erdboden, — da verstummte der Weder.

Ich trug ihn beruhigt heim, stellte ihn auf ein Tischchen an mein Bett und holte die Zimmerwirtin, um sie meinen Erwerb bewundern zu lassen. Sofort lodte er von neuem, bis der Hauswirt hinzukam und ein Protokoll verfaßte, das mich der Störung von Ruhe und Ordnung bezichtigte. Dann hielt der Weder an, — auf seinem mir zugewandten blindenden Zifferblatt lag ein kostbares Glänzen.

Ich beruhigte mich, erwartete meine angekündigte Schmarotzerei. Wie waren fest entschlossen, morgen zum Standesamt zu gehen und heute —

Aber das Teufelsding von Weder legte wieder los, wie herauscht, verzückt, mit machtvoll beherrschendem Spiel, so gründlich, als würde er für jede Note bezogen. Nach mehr: er trallerte wie ein Bahrdreher. Ich warf den Kopf auf ihn, Schura bedeckte ihn mit einem Kissen. Der Erfolg war, daß der Krachbar an die Wand klopfte und fotografisch vertagte: — wenn schon ein Kind geboren sei, so solle man es wenigstens nicht ersticken.

Schura verlor die Geduld:

„Entweder ich oder dieses Kell!“ rief sie.

Ich entgegnete: „Für ein Kell würde ich nicht 14 Rubel ausgegeben haben.“

Meine Schmarotzerei ging schlug empört die Tür zu. Sofort verstummte der Weder.

Und er ließ mich verschlafen — bis zum Mittag des nächsten Tages. Da warf ich ihn entrüstet zum Fenster hinaus. Er fiel auf das Haupt eines friedlichen Bürgers. Ich hörte etwas herfen.

(Fortsetzung von S. 242.)

